



Stetigfortgesetzter Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechszeiligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 134. Mittags-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 20. März 1875.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 19. März).

10 Uhr. Am Ministertische Dr. Falk mit den Geh. Räten Lucanus und Dr. Förster.

Die zweite Beratung des Gesetzes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen steht vor § 3; er lautet: „In den Erzdiöcesen Gnesen und Posen, sowie in der Diöcese Paderborn erfolgt die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen für den Umfang des Sprengels, sobald die Bestellung eines Bischofsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gesetzmäßiger Weise stattgefunden hat.“

Abg. Reichensperger wiederholt seinen Vorwurf der Verfassungsverletzung des Gesetzes. Wenn der Abg. Gneist sagt, daß es sich hier um Gegener des Staats handle, so bestimmt Art. 111 der Verfassung, daß bei Aufruf oder Krieg die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 außer Kraft gesetzt werden können, von den Art. 12—18, welche die Rechte der Kirche enthalten, ist dabei keine Rede. Der Redner will diesen Gedanken weiter ausführen, wird aber vom Präsidenten an den Inhalt des § 3 erinnert, um den es sich hier handelt, und verzichtet daher auf das Wort.

Abg. v. Gzarlinski: In Gnesen und Posen ist eine Sedisvacanz nicht vorhanden, es könne also auch die Neubestellung eines Bischofs nicht erfolgen. Eine Sedisvacanz kann nur eintreten, wenn der Bischof stirbt oder freiwillig abdicirt oder vom Papste abgesetzt wird. Keiner dieser Fälle liegt vor, also ist das Capitel nicht in der Lage, eine Wahl vorzunehmen.

§ 3 wird angenommen.

§ 4 lautet: „Tritt die Erledigung eines zur Zeit besetzten bischöflichen Stuhles ein, oder scheidet der jetzige Bischofsverweser der Diöcese Fulda aus seinem Amte aus, bevor eine Wiederaufnahme der Leistungen auf Grund des § 2 erfolgt ist, so dauert die Einstellung derselben für den Umfang des Sprengels fort, bis die Bestellung eines Bischofsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gesetzmäßiger Weise stattgefunden hat.“

Abg. Dr. Lieber: Die Motive zu § 4 sagen, daß, wenn entweder der im Amte befindliche Bischof oder Bischofsverweser durch schriftliche Erklärung sich zur Befolgung der Staatsgesetze verpflichtet, oder die Wiederaufnahme eines erledigten Stuhles in gesetzmäßiger Weise erfolgt, eine genügende Bürgschaft dafür vorliegt, daß auch der Clerus der Diöcese die Staatsgesetze befolgen wird. Ich sehe aus dieser Begründung die Nothwendigkeit des § 4 in keiner Weise ein; denn selbstverständlich kommt mit der Ursache einer Bestimmung auch ihre Wirkung in Wegfall. Der § 4 ist aber auch im Zusammenhang des Gesetzes absolut überflüssig. Tritt die Erledigung eines Bischofsstuhles durch den Tod oder kirchliche Befreiung des Inhabers ein, so sind zwei Fälle möglich: entweder findet das Capitel einen den Maiegeissen entsprechenden Candidaten, dann wird, wie der Paragraph selbst sagt, die Einstellung wieder aufgenommen und der einzige renitente Geistliche nach § 5 bestraft, oder das Capitel findet einen solchen Mann nicht, dann wird der Clerus der Diöcese einschließlich des Capitels für ein unverschuldetes Unglück gestraft. Wo führt man sonst Strafe zum Unglück? Was gegenüber der rechtmäßigen Erledigung eines Bischofsstuhles die Abweisung durch den kirchlichen Gerichtshof oder, wie mit einem lapsus einmal gesagt worden ist, des „Kirchhofs“ für kirchliche Angelegenheiten betrifft, so haben Sie im vorigen Jahre unseren Ausführungen, daß, wenn wir eine solche Abweisung nicht anerkennen können, das Capitel den Sitz nicht als erledigt ansehen darf, ohne sich die strengsten kirchlichen Censuren zuzuziehen, so viel Gewicht beilegt, daß Sie dem Capitel eine solche nach seinem Gewissen unbillige Handlung bei Gefahr der Einbeziehung seiner Bezüge nicht zumuthen. Heute, wo die gleiche Maßregel gegen die gesamte aus Staatsfonds unterstützte Geistlichkeit ergriffen werden soll, bis der bischöfliche Stuhl durch einen, der nach der katholischen Glaubenslehre einem Räuber gleichgeachtet werden soll, occupirt ist, würde der heute abwesende Abg. Lasker auf unserer Seite stehen, er der damals privatim Jedem, der es hören wollte, seine Enttäuschung darüber ausdrückte, was hier entzogen wird, wird das katholische Volk ersehen. Sie strafen also dafür, daß das Capitel eine unbillige Handlung nicht vornehmen will, ungeschuldiger Weise auch das gesamte katholische Volk.

Ministerialdirector Förster: Auf die Bemerkung des Abg. Lieber, daß das Unglück mit Strafe belegt werden soll, erwidere ich, daß er vergessen hat, daß es nach § 6 jedem Geistlichen jeder Zeit frei steht, das Unglück von sich abzuwenden.

§ 4 wird angenommen.

§ 5 lautet: „Wenn für den Umfang eines Sprengels die Leistungen aus Staatsmitteln wieder aufgenommen sind, einzelne Empfangsberechtigte aber der vom Bischof oder Bischofsverweser übernommenen Verpflichtung ungeachtet, den Gesetzen des Staates den Gehorsam verweigern, so ist die Staatsregierung ermächtigt, die für diese Empfangsberechtigten bestimmten Leistungen wieder einzustellen.“

Abg. Lieber: Man gerechtfertigt das vorliegende Gesetz durch unsern allgemeinen Widerstand gegen die Gesetze, durch das Auftreten der „Hep-captains“. Aber wir verweigern nicht den Staatsgesetzen den Gehorsam, sondern nur die thätige Mitwirkung zur Ausführung einzelner Bestimmungen von Gesetzen, welche unserem Gewissen zuwiderlaufen, da wir zwischen der thätigen Mitwirkung und der Strafe für die Unterlassung zu wählen haben. Daber könnte jeder Einzelne die Erklärung des Gehorsams gegen die Gesetze abgeben, ohne deshalb, wenn er die Mitwirkung zu den Maiegeissen nicht leistet, treubruchlich zu werden. Erkennen Sie daraus, daß wir gleichwohl eine solche Erklärung nicht abgeben, die Parthei der Gewissensbedenken, die bei uns obwalten, daß wir lieber die schwersten Strafen auf uns nehmen, als den Verdacht bei Ihnen erregen, als geben wir wider besseres Wissen ein solches Versprechen ab. Die Beugnahme des Abg. Gneist auf die vor Jahrhunderten auf den Katholiken Preußens lastenden schweren Gesetze trifft auf die später hinzugekommenen großen und meist von Katholiken bewohnten Theile der Monarchie nicht zu. Wenn man diesen ihre durch den Augsburger Religions- und westfälischen Frieden gewährleisteten Rechte entzogen hat, so hat man damit längst den Religionsfrieden gebrochen; wir sind es nicht, die ihn brechen. (Zustimmung im Centrum.) Der § 5 wird angenommen.

§ 6 lautet: Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen an einzelne Empfangsberechtigte erfolgt außer den Fällen der §§ 2—4, wenn der Empfangsberechtigte der Staatsregierung gegenüber in der im § 2 bezeichneten Weise sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. Außerdem ist die Staatsregierung ermächtigt, die eingestellten Leistungen einzelner Empfangsberechtigten gegenüber wieder aufzunehmen, wenn sie durch Handlungen die Absicht an den Tag legen, die Gesetze des Staates zu befolgen. Verweigern dieselben demnach den Gesetzen des Staates den Gehorsam, so sind die Leistungen aus Staatsmitteln wieder einzustellen.

Abg. Dr. Wehrenpennig beantragt statt der Worte „durch Handlungen“ zu setzen „durch ihr Verhalten“. Er protestirt dagegen, daß Herr Lieber sich als Vertreter der Gesinnungen Laskers gerire. Was das Amendement betrifft, so bedeutet es eine Widerrung des § 6, damit schon das stille Verhalten eines den Kirchengesetzen nicht abgeneigten Geistlichen auch ohne positive Handlungen in dieser Richtung zur Auszahlung des Gehalts genüge. Sollte die Regierung an ihrer schärferen Bestimmung festhalten zu müssen erklären, so ist der Redner zwar nicht ermächtigt, das Amendement, das ihm nicht allein angehört, zurückzuziehen, wird aber für seinen Theil nicht an ihm festhalten.

Ministerialdirector Förster: Seitens der Staatsregierung wird die Aufrechterhaltung der strengen Fassung des § 6 gewünscht und zwar, weil der Ausdruck „Verhalten“ zu unbestimmt und unfassbar ist; die Staatsregierung muß, wenn sie ihre Genehmigung ertheilen soll, eine greifbare Handhabe haben, um ihre Maßregel zu bemessen. Der Fall, daß man nicht in der Lage gewesen ist, gegen die Gesetze aufzutreten, kann unmöglich genügen, um daraus schon die Folgerungen zu ziehen, daß man es mit einem Geistlichen zu thun habe, der die Gesetze des Staates befolgen will, wenn er dazu in die Lage kommt.

Abg. Dr. Negidi: Der § 6 erfüllt eine Pflicht der Gerechtigkeit, indem

er Borsorge trifft, daß nicht außer den Schuldigen auch Unschuldige durch die Nachteile, die das Gesetz vorschreibt, getroffen werden. Die Tendenz des § 6 reicht aber noch weiter, es liegt darin zugleich eine Wahrnehmung der Pflichten der Staatsgewalt gegenüber den Staatsbürgern aller Bekenntnisse. Der Paragraph setzt den Fall der fortwährenden Renitenz des Bischofs und der Bereitwilligkeit eines oder mehrerer ihm untergebenen Geistlichen, den Gesetzen des Staates Gehorsam zu leisten. M. H. Der Geistliche, der in seinem Gewissen bei diesem für ihn gewiß schweren Conflict die Frage geprüft, wessen Gebot er zu befolgen hat, das seines Kirchenoberen, oder das der von Gott eingesetzten bürgerlichen Obrigkeit, muß eine ganz freie Wahl in dieser Beziehung haben. Nun steht ihm gegenüber, mit einer großen und berechtigten Macht bekleidet, die geistliche Obrigkeit; der Staat darf es nicht mit ansehen, daß die Gewissensentscheidung eines preussischen Bürgers ihm verflummert werde durch die Gewalt, die ihrerseits dem Staate (aus Gewissensrückichten sei es!) den Gehorsam verweigert. Es verhält sich in diesem Falle der Geistliche zum Bischof, der von ihm Gehorsam fordert, genau so, wie im Allgemeinen — und das ist hier ja weit ausgeführt worden — diejenigen, welche in den Maiegeissen eine Verdrückung ihres Gewissens fühlen, sich zur Staatsgewalt verhalten. Alles das Schöne und theilweise Richtige, was hier für die Grenzen des Gehorsams gesagt ist, für die Entscheidung des Gewissens, daß, was heute ein Vorredner „die unerschütterliche Freiheit des Naturrechts, das positive Recht eines jeden Preußen“ nannte, alles das, m. H., findet Anwendung auf den Geistlichen in seinem Verhältnis zum Bischof. In seinem Gewissen hat sich der Geistliche zu entscheiden und erneuert sich der Gebote seiner hierarchischen Oberen mit demselben Recht der „unerschütterlichen Freiheit“, mit demselben „positiven Recht eines jeden Preußen“, das Sie gegenüber der Staatsregierung in Anspruch nehmen.

Meine Herren, es kommt bei diesem § 6 noch ein anderer sehr wichtiger Punkt in Betracht. Sie haben sich — und das wird Jedermann dankbar anerkennen, daß Sie Angesichts des Landes sprechen und Ihre Worte von großem Gewichte sind — zu wiederholten Malen feierlichst dagegen verwahrt, daß in Ihnen der Gedanke an activen Widerstand vorhanden sei; dagegen halten Sie passiven Widerstand für erlaubt. Nun, meine Herren, ich räume das ein. Der passive Widerstand ist aber alle Zeit eine Frage des Gewissens, die jeder für sich in einem solchen schweren Conflictssall zu entscheiden hat. Ich mache darauf aufmerksam — und vielleicht ist die Klust, die zwischen den beiden Parteien in diesem Hause allerdings vorhanden ist, nicht so groß, daß nicht ein ernstes, mahnendes Wort herüber bringen könnte von einem Ufer zum andern — wenn der passive Widerstand gepredigt, wenn zum passiven Widerstand aufgefordert wird, wenn der passive Widerstand organisiert wird, dann ist die Linie überschritten, das ist activer Widerstand (sehr richtig), der passive Widerstand kann nur berechtigt sein als Ausdruck und Ausfluß der persönlichen Gewissensentscheidung. Nun, meine Herren, wird der Augenblick an die Bischöfe herantreten, wo sie sich zu fragen haben vor Gott und ihrem Gewissen, ob sie diese Grenze überschreiten dürfen oder nicht. In dem Augenblick, wo der Episcopat auch nur den „passiven“ Widerstand den ihm untergebenen Geistlichen zur Pflicht macht, hat er die Linie überschritten und befindet sich in activen Widerstand gegen die Staatsgewalt. (Sehr richtig!) Diesen Ausgang hat eben dieser § 6 ins Auge gefaßt und deshalb den Geistlichen die Möglichkeit geboten, in einer für sie so schweren Frage eine möglichst freie — ich sage „möglichst“, denn die Waffen sind doch ungleich vertheilt — Entscheidung zu treffen.

Und da, meine Herren! möge es erlaubt sein, an das hier vielfach wiederholte Wort insofern zu erinnern, als sein historischer Ursprung ins Gedächtnis zurückgerufen wird, das vielbesprochene Wort, welches nun jeder Geistliche seinem Bischof gegenüber in Anwendung zu bringen hat. „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Meine Herren! ich weiß nicht, ob alle Mitglieder dieses hohen Hauses die Erlaubnis haben, wenn auch nur in der Bulgata die Bibel zu lesen. (Ja wohl! im Centrum) — ich bin sehr erfreut zu hören, daß es Ihnen Allen erlaubt ist, ich weiß freilich, daß Verbote, die Bibel zu lesen, bestehen. Wenn Sie von der Ihnen eingeräumten Erlaubnis Gebrauch machen und sich den Fall vergegenwärtigen, worin das berühmte Wort seinen Ursprung hat, so werden Sie haben. Die jüdischen Hohenpriester verboten den Aposteln, den Wiederauferstandenen öffentlich zu verkündigen; die Apostel fühlten sich nichts desto weniger gedrungen, das Evangelium vom Auferstandenen zu predigen und trugen die Folgen ihrer Handlungsweise, als sie von dem Hohenpriester thun zur Rede gestellt wurden, da antworteten sie: „man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Wenn nun der katholische Geistliche abweichend von dem Gebote seines Bischofs sich in seinem Gewissen entscheidet, dann steht ihm zur Seite das Wort, welches die Apostel den Hohenpriestern entgegneten, und indem er, um seiner Gewissenspflicht zu genügen, dem Staate Gehorsam leistet, übersteht er sich dieses große Wort ganz richtig also: „Man muß Gott mehr gehorchen, als dem Papst und den Bischöfen.“

Abg. Jbach (Pfarrer zu Billmar): Das Gesetz fordert von den Geistlichen die unbedingte Unterwerfung unter die neuen kirchenpolitischen Gesetze, die schon bestehen und die noch kommen werden. Warum schreibt man das nicht in das Gesetz hinein? Warum streut man mit dem einfachen Sage, die Geistlichen sollen sich den Staatsgesetzen unterwerfen, den Leuten Sand in die Augen? Warum straft man nicht bloß die, welchen wirklich eine Contrabention gegen die Maiegeisse nachgewiesen ist, sondern auch die, die mit ihnen nicht in Collision gekommen sind, die schon lange in Amt und Würden sind? Warum strafen Sie auch die verdienten Männer, die sich in den Emeritenhäusern befinden? Die kirchenpolitischen Gesetze können von den katholischen Priestern nun und nimmermehr anerkannt werden, denn eine Kirche, welche auf die Befolgung der geistlichen Stellen verzichtet, ihre Bischöfe dem Staate abgeben läßt, vernichtet ihre Freiheit und übergibt sich an Händen und Füßen gebunden dem Staate. Darum stellen ihm die Bischöfe einmüthig ihr non possumus entgegen, weil sie nicht den Organismus der Kirche durch die zwangsweise Durchführung der Maiegeisse sich in zahllose independente Gemeinden auflösen lassen wollen. Wird diese kirchenpolitische Gesetzgebung wirklich durchgeführt, so werden zwar die Bischöfe mit ihren Priestern von Thron zu Thron betteln gehen, aber das Leben der Kirche wird dadurch an Kraft und Innigkeit gewinnen und der erste entscheidende Schritt zu ihrer gänzlichen Trennung vom Staate vollzogen sein.

Ministerial-Director Dr. Förster: Nicht um Sand in die Augen zu streuen, sind die Worte aufgenommen, „die Gesetze des Staates zu befolgen“, sondern aus dem nahe liegenden Grunde, weil sie sich auch in dem Kreise befinden, den die Bischöfe dem Staate zu leisten haben. Aus dem § 11 geht übrigens hervor, daß ein Bruch dieses Versprechens nur dann strafrechtlich verfolgt werden soll, wenn die auf das kirchliche Amt bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze verletzt werden. Auf Mental-Reservationen ist allerdings nicht Rücksicht genommen. (Sehr richtig.)

Abg. Windthorst (Vielefeld) empfiehlt nochmals den Antrag Wehrenpennig, weil der Begriff der „Handlungen“ viel zu eng gefaßt ist und der Regierung selbst Schranken auferlegen könnte, es giebt eine große Zahl katholischer Geistlichen, die gern mit dem Staate Frieden schließen möchten, aber aus Furcht vor ihren geistlichen Oberen nicht mit Handlungen deutlich hervortreten wagen. Der Redner verweist dann auf einen Hirtenbrief des Bischofs Johann Leopold von Königgrätz vom 20. November 1871, der seinen Geistlichen hinsichtlich der Josephinischen Gesetze vollen Gehorsam empfahl und sie warnte, den Widerstand als etwas Gott Wohlgefalliges zu betrachten, denn es zieme den Priestern nichts mehr, als Frieden zu halten.

Der Antrag Wehrenpennig wird abgelehnt und § 6 mit derselben großen Majorität, die bei allen Abstimmungen über das Gesetz constant bleibt angenommen.

Abg. Dr. Jung beantragt folgenden § 6a einzuschalten: „Die Entscheidungen der kirchlichen Behörden, welche eine Disciplinarstrafe wider einen Geistlichen verhängen, dem gegenüber die Staatsregierung die eingestellten Leistungen in Gemäßheit des § 6 wieder aufgenommen hat, können sowohl von dem Geistlichen als von dem Oberpräsidenten im Wege der Berufung an den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ohne die Beschränkung des § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 angefochten werden. Die Berufung kann in diesen Fällen auf neue Thatfachen und Beweismittel gegründet werden.“

Abg. Dr. Jung: Der neue Paragraph will den Geistlichen, welche ihren

Frieden mit dem Staate gemacht haben, auch gegen ein etwaiges disciplinartisches Vorgehen ihrer kirchlichen Oberen schützen. Es soll verhindert werden, daß nicht unter dem Deckmantel fälschlicher privater Anschuldigungen die Berufung an den kirchlichen Gerichtshof unmöglich gemacht wird. § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 schreibt vor: „Die Berufung steht Jedem zu, gegen welchen die Entscheidung ergangen ist, sobald er die dagegen zu lässigen Rechtsmittel bei der vorgeordneten kirchlichen Instanz ohne Erfolg geltend gemacht hat.“ Die Geistlichen sollen nicht durch die Chitanen bei den kirchlichen Instanzen schon zu Tode gehest werden. Eine jede Corporation hat ja das Bestreben eng zusammenzuhaltten, besonders eine solche, die ein Privilegium zu haben glaubt, wie die katholische Kirche das Privilegium des alleinigmachenden Glaubens zu haben meint; einer solchen Corporation geht sehr leicht das Gefühl für die Berechtigung der größeren Allgemeinheit und des Staates verloren. Wer dann diese Berechtigung der Allgemeinheit anerkennt, wird als Verräther, als Felon gebrandmarkt. Es wird nun gesagt, wir setzen eine Prämie auf die Verräther; das ist nicht wahr, wir wollen nur den Schuldigen von den Unschuldigen trennen und nicht den Unschuldigen mit der Schwere des Gesetzes treffen. Freilich der Abt von Cîteaux sagte bei der Erstürmung einer Stadt der Abtgenfer, als man ihn fragte, wie man denn Katholiken und Abtgenfer unterscheiden sollte: Schlagt sie nur Alle todt! Der Herr wird die Seinen schon schützen! (Sehr richtig.)

Geh. Rath Lucanus erklärt sich mit dem Antrage des Abg. Jung einverstanden in seiner Intention, daß den Geistlichen, die mit dem Staate Frieden gemacht haben, der volle Schutz der Gesetze gewährt werden solle. Die Regierung war aber der Meinung, daß der § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 dazu vollständig ausreicht. Wenn man dies positiv noch einmal aussprechen will, so wird es aber doch wohl nothwendig sein, auch auszusprechen, daß die Erleichterungen, die der § 6a schafft, nur für die Fälle stattfinden sollen, die unter dieses Gesetz fallen; es ist also vielleicht am Plage, bei der dritten Lesung einer Modification vorzunehmen.

Abg. Dr. Lieber: Wenn der Abg. Jung wieder von dem Todschlagen der Keger gesprochen, so hat er uns damit provocirt an die aufregende Scene von gestern zu denken, wo der Abg. Gneist sagte, wenn die Gesetze nicht mehr heilig sind, dann kommt das Recht des Stärkeren zur Geltung. Mit diesen Worten nähern wir uns der traurigsten aller Entscheidungen. (Stimme links: Das ist eure Schuld!) Der Antrag des Abg. Jung will die Geistlichen vor den Chitanen der Bischöfe schützen. Wenn ein Offizier sich nicht weigert, den Gesetzen in Bezug auf das Duell zu gehorchen, wird er seitens der Militärbehörden disciplinirt; aber noch nie ist es Ihnen eingefallen, einen Gerichtshof zu stabilisieren, der den Offizier dagegen schützt.

Abg. Wehrenpennig: Die ultramontane Kirchenverfassung ist allerdings ebenso streng, wie je die Verfassung einer Armee; aber wir wollen das nicht begünstigen. Ich bitte Sie übrigens, den § 6a. anzunehmen, da die Regierung gegen denselben principiell nichts einzuwenden hat, sondern nur eine Modification in dritter Lesung wünscht.

Hiernach schließt die Debatte; persönlich bemerkt Abg. Gneist: Ich habe nicht auf die Gewalt des Stärkeren provocirt, sondern gesagt, wer die Auflehnung gegen die Gesetze predigt, die die einzige Bedingung des Friedens sind, der provocirt auf die Gewalt des Stärkeren. Alle unsere Reden und Appelle an das Rechtsgefühl und das Gewissen scheitern eben an der Parteilichkeit.

§ 6a. wird angenommen.

§ 7 wird ohne Debatte genehmigt: „Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen erfolgt in allen Fällen vom ersten Tage desjenigen Vierteljahres an, in welchem die gesetzliche Voraussetzung der Wiederaufnahme eingetreten ist.“

§ 8 lautet: Ueber die Verwendung der während Einstellung der Leistungen aufgeschobenen Beträge bleibt, soweit dieselben nicht nach der rechtlichen Natur ihres Ursprungs zu Gunsten des allgemeinen Staatsfonds als erspart zu verrechnen sind oder anderweit verwenbar werden, gesetzliche Bestimmung vorbehalten. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist im Falle einer commissarischen Verwaltung des bischöflichen Vermögens auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 befugt, die Fortgewährung der zur Ausstattung der Bischöfe bestimmten Leistungen insoweit zu verfügen, als dies für Zwecke der commissarischen Verwaltung und zur Befriedigung der Kosten derselben erforderlich ist.

Abg. Franz: Ein großer Theil der Gelder, die nach diesem Paragraphen einbehalten werden sollen, ist dazu bestimmt, nach letztwilligen Verfügungen Meissen für Verstorbenen zu lesen. Es werden also hier direct die Rechte der Verstorbenen gekränkt.

Abg. Miquel: Ich bin im Zweifel über die Bedeutung der Worte in diesem Paragraphen, „insoweit dieselben nicht anderweit verwenbar sind.“ Es kann unmöglich die Absicht sein, daß durch die eingetretene Crispianis der einbehaltenen Gelder ein Fonds geschaffen werde, über den die Regierung beliebig ohne gesetzliche Bestimmung verfügen kann. Eine Ausfüllung hierüber wäre sehr erwünscht.

Geh. Rath Lucanus: Die betreffende Bestimmung des § 8 hat nur die Bedürfnisrückstände im Auge, die von vorne herein als solche zum freien Ermessen der Staatsregierung bewilligt sind. Diese stehen daher, sobald sie bei Nichtauszahlung erspart werden, zur freien Verfügung der Regierung.

Abg. v. Sarrazin: Sie wollen also in diesem Paragraphen der Regierung einen neuen Dispositionsfonds schaffen, mit dem sie wahrscheinlich ebenso wirtschaften wird wie mit gewissen anderen Fonds, die ihr ohne jede Kontrolle überliefert sind. Diese Bestimmung geht so weit, daß man auch später, wenn die Einbeziehung aufhört, die Gelder, die ja inzwischen anderweit verwendet sind, nicht zurückgeben will. Ein Vormund, der seinem Mündel Gelder einbehält, weil er ihren schlechten Gebrauch hindern will, wird nach der eingetretenen Mündigkeit die einbehaltenen Gelder zurückgeben müssen, wenn er auf den Namen eines ehrlichen Mannes Anspruch machen will. Der Vormund dieses Gesetzes aber will das Geld in seine eigene Tasche stecken.

Abg. Miquel: Ich möchte doch feststellen, daß in diesem Paragraphen der Regierung nicht etwa die Befugnis ertheilt wird, die einbehaltenen Gelder zu irgend welchen anderen Zwecken zu verwenden, als wozu sie im Etat bewilligt sind; sie sollen nur bis zur nächsten gesetzlichen Regelung reservirt werden.

Cultusminister Dr. Falk: Ich will nur erklären, daß die Auffassung der Regierung ganz diejenige des Vorredners ist.

§ 8 wird hierauf angenommen.

§ 9 lautet: Die executivische Beirathung im Verwaltungswege findet in Betreff der Abgaben und Leistungen an die Bischöfe, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen, für den gesamten Umfang eines Sprengels so lange nicht statt, als für denselben die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln dauert.

Hierzu beantragt Abg. Windthorst (Vielefeld), den Eingang folgendermaßen zu fassen: „Die Erhebung und executivische Beirathung.“

Abg. Wehrenpennig: Das Amendement soll verbleiben, daß in solchen Communen, wo die schwarze Farbe vorberichtet, der Steuereinnahmer der Commune nach wie vor die Gelder von den betreffenden Leuten einschiet und sie ganz gewiß auch erhält, weil die Leute denken, daß die Execution dahinter steht.

Abg. Windthorst (Meynen): Jetzt erst bin ich über den Zweck dieses Antrages klar geworden. In solchen Gemeinden also, wo die schwarze Farbe vorberichtet — übrigens ein sehr netter Ausdruck, die schwarze Farbe (Auf: Jäh! verstanden! Farbe!), ach so! schwarze Farbe, nun das ist wenigstens die altpreussische (Sehr richtig) — da sollen die Leute unter allen Umständen verhindert werden, für die Kirche zu zahlen. Ich zweifle freilich nicht, daß, wenn man die administrative Einziehung beseitigt, eine nicht geringe Zahl von Leuten verleitet wird, diese Zahlungen überhaupt einzustellen. (Hört! links.)

Regierungscommissar Ministerialdirector Förster: Ich kann hierüber den Vorredner insofern beruhigen, als im Ganzen Administrativ-Executionen nur sehr selten vorkommen. Sollte indessen der Fall eintreten, daß man die Abgaben verweigert, so würde der Rechtsweg, der ja nicht verschlossen ist, immer unbenommen sein.

Abg. Miquel: Ich nehme an, daß nach dem Inhalte dieses Paragraphen, wenn später die Einstellung aufhört, also res integra eintritt, die in der Zwischenzeit nicht gezahlten Beträge auch hinterher im Verwaltungswege nicht mehr beigetrieben werden können. Ich möchte den Vertreter der Regierung bitten, diese Frage klar zu stellen.

Regierungskommissar Geh. Rath Lucanus: Diese Frage erledigt sich nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Execution überhaupt. Durch die Cabinetsordre vom Jahre 1836 ist bestimmt, daß sowohl die laufenden Beträge als auch die Rückstände von zwei Jahren executivisch eingetrieben werden können.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Diese Erklärung wird uns wahrscheinlich bestimmen, in dritter Lesung diesen Paragraphen umzuändern, denn wir können unmöglich zugeben, daß, wenn etwa die Einzahlung zwei Jahre gedauert hat, hinterher der ganze Rückstand der auf Grund dieses Gesetzes und nicht aus bösem Willen erfolgte, auf einmal executivisch soll beigetrieben werden können.

Regierungskommissar Geh. Rath Lucanus: Ich muß dem Mißverständniß entgegenreten, als ob dies Gesetz sagen wollte, die Leute brauchen nicht mehr zu zahlen. Das ist nirgend die Absicht dieses Gesetzes, sondern es ist nur die administrative Execution, während der Dauer der Einbeziehung ausgeschlossen. Ich kann deshalb nur bitten, das Amendement Windthorst abzulehnen.

Abg. Wehrenpennig: Der Abg. Windthorst (Meppen), der sonst die Selbstständigkeit seiner Kirche so sehr erhebt, scheint doch diese Kräfte der administrativen Execution sehr ungern zu entbehren. Er sagte, es würde viele Leute geben, die in Folge dieses Gesetzes nicht zahlen würden. Früher hat er diesem Gesetze überhaupt jeden Erfolg abgesprochen. Wir wollen den Leuten nur deutlich machen, daß der Staat sie nicht mehr zwingt, zu zahlen. Sie beklagen sich so viel über die Staatsomnipotenz. Machen Sie doch hier einmal der Staatsomnipotenz ein Ende.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin bereit auf die executivische Vertreibung wie überhaupt auf jede Erhebung von Staatsabgaben für die katholische Kirche zu verzichten (Hört! links), aber dann für alle Kirchen in gleicher Weise. Was den Erfolg dieses Gesetzes betrifft, so habe ich behauptet und bleibe dabei stehen, es wird diejenige Wirkung, die man davon erwartet, nicht haben; die Wirkung und den Erfolg aber, Confusion in das Land zu bringen, den habe ich niemals bestritten, den wird es gewiß in reichlichem Maße haben.

Das Amendement Windthorst (Bielefeld) wird hierauf abgelehnt und § 9 unändert angenommen.

§ 10 lautet: Sind die Leistungen aus Staatsmitteln an einen Empfangsberechtigten auf Grund des § 6 wieder aufgenommen, so ist in Betreff der an ihn zu entrichtenden Abgaben und Leistungen die Verwaltungs-Execution wieder zu gewähren. Ein Gleiches gilt in Betreff der Abgaben und Leistungen für diejenigen Geistlichen, welche keine Leistungen aus Staatsmitteln zu beziehen haben, wenn sich dieselben durch ausdrückliche oder stillschweigende Willensäußerung (§ 6 Absatz 1 und 2) verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen, so lange sie dieser Verpflichtung nachkommen.

Abg. v. Schorlemer (Mitt.): Ein so wunderbarer Ausdruck, wie der in diesem Paragraphen „stillschweigende Willensäußerung“ ist mir in einem Gesetze noch nicht vorgekommen; ich weiß nicht, ob man darunter etwa ein Kopfnicken versteht; es zeigt das aber jedenfalls, mit welcher Hast und Uebereilung dies Gesetz wieder gearbeitet ist. Der Standpunkt, den die Bischöfe in Befolgung der Kirchengesetze einnehmen, ist in Uebereinstimmung mit dem geltenden Recht und entspricht der Menschenwürde überhaupt und namentlich der Würde eines freien Mannes. (Gelächter links.) Ja, m. H., nur Sklaven können erklären, daß sie sich willig und im Voraus Allem unterwerfen. (Sehr wahr! im Centrum. Rufe links: Sehr wahr! Unschärflichkeit!) Meine Herren, Sie citiren mir wieder einen Standpunkt, der unsern Glauben betrifft. Aber wir haben ja die vollständige Freiheit, uns den Geboten der Kirche zu unterwerfen oder nicht. (Widerspruch links.) Gewiß, meine Herren, wir werden nicht mit Ausweisung, mit Geld und Gefängnis bestraft, also ist es unser freier Wille, wenn wir diesen Standpunkt einnehmen; aber der Staat setzt auf die Nichtunterwerfung unter diese Gesetze die Gefängnisstrafe und vielleicht — wie lange wird es dauern — schließlich auch noch die Guillotine. (Heiterkeit links.) Dieser Paragraph mit seinem Zuwinke durch Geldgewährung stellt an die katholischen Geistlichen die Forderung, Zusage zu sein; sie werden ihren Glauben um einen Zubehörslohn nicht verkaufen. Vor zweitausend Jahren gab Christus dem Fürsten der Unterwelt, als dieser ihm alle Schätze der Erde versprach, wenn er ihn anbeten wolle, zur Antwort: Welche von mir, Satanas! Diese Antwort wird auch auf dieses Gesetz der Regierung gegeben werden. (Beifall im Centrum.)

Ministerialdirector Förster: Die einzige specielle Bemänglung, welche auf den § 10 selbst Bezug hätte, bezog sich auf den Ausdruck „stillschweigende Willensäußerung“. Dieser Ausdruck findet sich im Allgemeinen Landrecht und bezeichnet Handlungen, aus denen die bestimmte Absicht des Handelnden geschlossen werden kann.

In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich Abg. Legidi gegen die Behauptung des Abg. v. Schorlemer, daß der Staat sein Gott sei. Er muß diese Insinuation mit Entrüstung zurückweisen. — Abg. Gneist bemerkt ebenfalls persönlich, daß er gestern einen Artikel des Westfälischen Friedens citirt habe, den Abg. v. Schorlemer augenscheinlich nicht zu kennen scheint, laut dessen den andersgläubigen Unterthanen des Landesherren das Recht der Auswanderung zustand. Er muß diese Verächtlichkeit machen, weil sonst morgen in allen clericalen Blättern steht, der Abg. Gneist habe die Auswanderung der Katholiken verlangt.

§ 10 wird hierauf angenommen. Gegen § 11: „Wer in den Fällen der §§ 2 und 6 die schriftlich erklärte Verpflichtung widerruft, oder der durch dieselbe übernommenen Verpflichtung zuwider die auf sein Amt oder seine Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen verlegt, ist durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte zu entlassen.“ spricht Abg. Graf Hentel v. Donnersmarck, welcher jedoch bei der lebhaften im Hause herrschenden Unruhe vollkommen unverständlich bleibt. — § 11 wird hierauf angenommen.

§ 12 lautet: Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. Außerdem tritt die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfange wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Einstellung der Leistungen zu verfügen. Endet das Verfahren mit Freisprechung, so sind die in Folge der Verfügung einbehaltenen Beträge nachzuzahlen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich finde, dieser Paragraph geht etwas weit, ich hätte zwar keinen Grund, mich darüber zu erschauern, und könnte einen Apollonaten, der die in diesem Gesetze geforderte Erklärung abgegeben hat, ruhig seinem Geschick überlassen, aber mein Gerechtigkeitsgefühl trübt sich dagegen. Es ist horrend, daß Jemand, der die abgegebene Erklärung zurücknimmt, weil ein späteres Gesetz ihm einen Widerspruch mit seiner Ueberzeugung steht, deswegen abgesetzt werden sollte. Die Maßregeln waren außerdem so miserabel redigirt. . . . (Große Unruhe. Der Präsident erklärt eine derartige Kritik rechtsgültig bestehender Gesetze für unzulässig.) Ich sagte: sie waren redigirt, ich meinte die Vorlagen — wenn nun Jemand so unglücklich redigirte Gesetze verlegt, ohne es gewollt zu haben, so unterliegt er allen Folgen des Gesetzes. Ich halte es aber auch für ganz unzulässig, die Absetzung eines Geistlichen mit solchen Folgen von Staats wegen zu decretiren; wie in den österreichischen Gesetzen mußten wenigstens die kirchlichen Functionen von der Absetzung unberührt bleiben. Ich bemerke übrigens bei dieser Gelegenheit, daß der Bischof von Linz nach einem an den Abg. Reichensperger gerichteten Telegramm erklärt, daß er weder die römische Curie um die Erlaubnis, die österreichischen Maßregeln zu befolgen, gebeten, noch eine solche Erlaubnis erhalten habe. — § 12 wird hierauf angenommen; ebenso § 13 (Zuständigkeit des Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten).

Nach § 14 wird, wer Amtshandlungen vornimmt, nachdem er in Gemäßheit des § 11 dieses Gesetzes aus seinem Amte entlassen worden ist, mit Geldbuße bis zu 300 Mark, im Wiederholungsfall bis zu 3000 Mark, bestraft.

Abg. Sarrazin hält den Begriff der Amtshandlung, welchen die Maßregeln in die Jurisprudenz eingeführt haben, für undefinirbar, was auch die Unsicherheit und Widersprüchlichkeit der gerichtlichen Entscheidungen bestätigt. Jedenfalls ist es wünschenswerth, einen Ausnahmegerichtshof zur Aburtheilung derartiger Straffälle zu creiren, als die ordentlichen Gerichte daran zu gewöhnen, solche Gesetze ausulegen — eine Thätigkeit, bei der kein Collegium auf die Dauer unterfangen bleiben kann. (Zustimmung im Centrum.) Die Gerichte sollten nur besetzt werden in Civilproessen mit der Entscheidung der Frage, was Wein und Wein, in Strafsproessen mit der Beurtheilung von Vergehen, deren Thatbestand sich auf Handlungen bezieht, die auch von der Moral verurtheilt werden. Daß das möglich sein möge, das wolle Gott.

§ 14 wird hierauf genehmigt, desgleichen § 15, der den Cultusminister mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt. Damit ist die zweite Verlesung dieses Gesetzes beendet.

Präsident von Bennigsen steht die nächste, und wie er hinzufügte, mit Rücksicht auf die ungemein anstrengende Thätigkeit der letzten Wochen letzte Sitzung vor Oftern auf Sonnabend 11 Uhr fest. (Legitimationsprüfungen und Gesetzbetragend das Kostenwesen in Auseinanderlegungsachen. Nach Oftern werden die Arbeiten am Montag, den 5. April wieder aufgenommen werden.) Schluß 3 Uhr.

13. Sitzung des Herrenhauses (vom 19. März).

11 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Achenbach, Friedenthal und zahlreiche Commissarien.

Das Haus tritt sofort in seine Tagesordnung, deren erster Gegenstand der Bericht der Budgetcommission über den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1875 ist.

Referent Widenes empfiehlt die Annahme des Antrages der Commission: 1) den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1875 in der Fassung, in welcher derselbe aus den Beratungen des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen ist, anzunehmen; 2) dem Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1875 in der Fassung, welche derselbe im Hause der Abgeordneten erhalten hat, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Die Commission habe sich allerdings die Frage vorgelegt, ob eine Beaufhebung des Staatsgesetzes, ganz abgesehen von den Ueberlegungen, welche das Abgeordnetenhaus damit vorgenommen hat, etwa durch allgemeine staatswirtschaftliche Rücksichten geboten sei. Die Commission überzeuge sich zunächst, daß die im Etat ausgebrachten Einnahmen aus der Substanz des Staatsvermögens durch Verwendungen in die Substanz desselben mehr als auszugewogen werden. Bedenklicher er schien es ihr, ob auf eine dauernde Deduction der nach dem Etat pro 1875 gegen den Anfall pro 1874 um 17,555,807 Mark gesteigerten dauernden Ausgaben durch dauernde Mehreinnahmen zu rechnen sein wird. Es wurden aus dem Schooße der Commission Stimmen laut, welche die allgemeinen Finanzverhältnisse, die zu erhoffenden Ueberflüsse der Betriebsverwaltungen des Staates und die Steuerkraft der Staatseinkommen nicht so günstig aufstufen, wie der Finanzminister dies in dem Vorbericht zum Etat vom Januar 1875 gethan hat. Man befürchtete, daß die dauernden Staatseinnahmen jedenfalls pro 1876 dermaßen heruntergehen würden, daß man auch an den dauernden Ausgaben abkürzen werden müssen. Indessen war man darüber einig, daß ein Grund zur Beaufhebung des Etats pro 1875 aus diesen Befürchtungen nicht zu entnehmen sei.

Graf Rittberg theilt die Bedenken der Commission, ob auf eine dauernde Deduction der so erheblich gesteigerten dauernden Ausgaben zu rechnen sein werde. Durch die Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens der letzten Jahre sei ein sehr großer Theil unseres Nationalvermögens verloren gegangen, wie dies an dem Stande der Börsencourse recht deutlich sichtbar werde. Auch durch die enorme Ausdehnung der Credits für neue Eisenbahnanlagen ersehe die Zukunft der Staatsfinanzen in bedenklichem Lichte. Redner hofft gleichwohl, daß es ohne Schädigung des Volkes gelingen werde, auch in Zukunft an der guten alten preussischen Finanzpolitik festzuhalten und in diesem Vertrauen stimmt er den Anträgen der Commission bei.

Baron Senft von Pilsach bemißt ungern, daß im Etat noch nicht eine Entschädigung der Geistlichen für den Wegfall der Stolzgebühren ausgeworfen sei, obwohl die Entschädigung im § 54 des Gesetzes vom 9. März 1874 vorgesehen sei. Redner beantragt, den Etat zur Ergänzung in diesem Punkte an die Commission zurückzuverweisen.

Finanzminister Camphausen: Eine unbegründete Klage, als die von dem Vorredner erhobene, kann nicht erhoben werden. Im Kap. 127 Lit. 15 sind thatsächlich 1/4 Million Mark zur Entschädigung von Geistlichen für den Ausfall an Stolzgebühren ausgeworfen.

Baron Senft von Pilsach: Die Entschädigung hätte schon am 1. October v. J. gezahlt werden sollen.

Oberbürgermeister Hasselbach bittet um möglichst einstimmige Annahme des Commissionstrages. Nur einem im Abgeordnetenhaus geäußerten Wunsche müsse Redner entschieden entgegenreten, daß nämlich die Staatsregierung eine Reform der Einkommensteuer vornehmen in strenger Durchführung des Principes der Selbstverschätzung; dieselbe sei eine Strafe für die Ehrlichen und eine Prämie für die Unehrlichen. Auch wünscht Redner, daß die Regierung für die nächsten Jahre Anträge wegen weiteren Ausbaues von Staats-Eisenbahnen energisch zurückweise, constatirt aber mit Befriedigung, daß kein Staat so geordnete Finanzen habe, wie der preussische.

Finanzminister Camphausen: Ich habe stets das Princip weiser Sparsamkeit befolgt und bedeutende Ueberflüsse zur Deduction extraordinärer Staatsausgaben verwendet. Aber ich werde doch durch eine ungünstigere Lage, als die bisherige war, mich nicht verleiten lassen, die Kraft des preussischen Staates zu untergraben und müßige Unternehmungen zu unterlassen. Ich meine: aequum memento rebus in arduis servare mentem! Im Eisenbahnwesen werden wir allerdings zu einer parhameren Verwaltung gelangen müssen und die Ausgabe künftig wohl nicht erhöhen. Uebrigens hat der Vorredner stets die Finanzlage nicht gerade in einem rosenfarbigen Lichte betrachtet, aber seine Prophezeiungen haben sich doch vielfach als falsche herausgestellt. Beispielsweise befürchtete er im vorigen Jahre Ausfälle bei der Wahl- und Schatzsteuer. Dagegen hat die Schatzsteuer einen Mehrerlös ergeben, der den Ausfall bei der Wahlsteuer vollständig deckt. Auch kann ich Ihnen mittheilen, daß sich pro 1874 ein Ueberschuß von etwa 20 Millionen Mark ergeben wird.

Oberbürgermeister Beder beklagt, daß für die Städte noch immer nichts geschehen sei, obwohl ihnen immer mehr Aufgaben der Staatsverwaltung überwiehen werden. Durch die Aufhebung der Wahl- und Schatzsteuer sei die Lage der Städte noch schlechter geworden. Fast alle Städte hätten die Regierung um Abhilfe und um Ueberweisung eines Theiles der Gebäudesteuer gebeten, eine Antwort auf diese Petition sei aber bisher nicht erfolgt.

Finanzminister Camphausen: Ich habe schon wiederholt erklärt, daß es unmöglich ist, den Städten einen Theil der Gebäudesteuer zu überweisen. Uebrigens bedürfte es zu einer solchen Maßregel der Zustimmung des Landtages.

Graf Udo Stollberg: Wenn den Städten ein Theil der Gebäudesteuer überwiehen würde, so müßte ich für das Land die Ueberweisung eines Theiles der Grundsteuer verlangen. Mit den heutigen Eisenbahnverhältnissen ist eigentümlich Niemand recht zufrieden. Die Producenten klagen über die Tarifierhöhung, die Actionäre über zu kleine Dividenden und endlich will jeder kleine Ort eine Eisenbahn haben. Das System ist ein fehlerhaftes, Privatbahnen staatliche Garantien zu geben. Mir scheint eine straffe Centralisation der Verwaltung, die Einrichtung eines Reichsverkehrsministeriums durchaus notwendig. Zugleich erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Handelsminister, wie weit die Tarifreform etwa schon gegeben ist.

Handelsminister Achenbach: Die gegenwärtige Lage der Eisenbahnen ist ja allerdings keine angenehme. Die Ursache dieser Erscheinung liegt zum Theil in der allgemeinen Calamität, zum Theil darin, daß die Eisenbahnen nicht in der Lage waren, als allgemeine Preissteigerungen einzutreten, auch übersteigerte die Tarife zu erhöhen. Seit dem 1. August v. J. ist allerdings, aber nur interimistisch, eine Tarifierhöhung eingetreten. Damit aber die Lage der Eisenbahnen wesentlich besser werde, ist vor Allem eine Aenderung in der Stimmung des Publicums nöthig. Was man an dem einen Orte ganz für recht und billig findet, hält man an einem anderen Orte für Verschwendung. So lange die hohen Anforderungen des Publicums an die Eisenbahnverwaltungen sich nicht ermäßigen, wird es auch nicht möglich sein, die Tarife wieder herabzumindern. Wenn auch die Eisenbahnen im vorigen Jahre eine Steigerung ihrer Einnahmen erfahren haben, so doch nicht in demselben Maße, wie in früheren Jahren, zumal bei den meisten Bahnen nicht eine Herabminderung, sondern eine Steigerung der Löhne eingetreten ist. Uebrigens ist die schlechte Stimmung des Publicums nicht ein Beweis, daß das jetzige System ein fehlerhaftes ist, sondern nur die Folge der allgemeinen Calamität. Aus der Uebernahme der Garantie für Privatbahnen ist dem Staate kein Nachtheil, vielmehr Vortheil erwachsen. Bezüglich der Tarifierform kann ich noch keine genügende Auskunft geben, da die Frage noch eine schwebende ist. Ich hoffe, daß die jetzt veranlaßte Enquete zu einem baldigen Resultate führen wird. Schließlich möchte ich Sie bitten, in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht den Muth zu verlieren.

Herr v. Rath bemerkt, daß er als Landwirth sehr stramm zu den Ausgaben des Staates herangezogen werde, dennoch genire ihn die Höhe der Staatssteuern viel weniger, als die der Communalsteuern. Durch den Schwund der letzten Jahre habe die Landwirtschaft allerdings direkt nicht gelitten, sei aber doch mittelbar davon berührt worden durch die Erhöhung der Arbeitslöhne trotz schlechterer Arbeit. Obwohl hiernach die Lage der Landwirtschaft durchaus keine günstige sei, so werde er selbst doch gern die ihm auferlegten Lasten tragen, so lange in der Thätigkeit des Ressortchefs im Ministerium eine Garantie für die zweckmäßige Verwendung der Steuern gegeben sei.

Oberbürgermeister Gobbin theilt die Ansicht Baders bezüglich der Städte, während Graf Schulenburg-Wegendorf den Städten das Recht bestreitet, sich über Benachtheiligung zu beschweren.

v. Wirsach wünscht, daß die Differenzialtarife einer baldigen Revision

unterworfen würden, damit es den inländischen Getreideproducenten möglich werde, mit dem Auslande zu concurriren. Hierauf wird die Generaldiscussion geschlossen.

In der Specialdiscussion wünscht Graf v. d. Schulenburg, daß man mit dem Verlaufe von Domainengrundstücken einhalte; ein so bedeutender Meister in der Verwaltung und Finanzpolitik Friedrich der Große gewesen sei, so habe sich doch seine Colonisationspolitik nicht behauptet. Stadtdirector Rasch (Hannover) wünscht, daß das Waisenhaus in Hannover seiner bisherigen Bestimmung erhalten bleibe; für den Umbau zu einer polytechnischen Schule sei dasselbe durchaus nicht geeignet. Man könnte die polytechnische Schule sehr wohl an dem Blase lassen, an welchem sie sich gegenwärtig befindet, zumal sich in der Nähe Gebäude des Militärstudiums befänden, die man zu einem Erweiterungsbau der Schule verwenden könnte. Uebrigens werde er die zum Umbau geforderte Summe nicht herbeizwingen. Der Etat für 1875 und das Gesetz betr. die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1875 werden den Anträgen der Commission gemäß genehmigt.

Hierauf wird über den Gesetzentwurf betr. das Vormundschaftsweisen im Ganzen auf Grund der Zusammenstellung der Beschlüsse des Hauses in der Specialberatung abgestimmt und der Entwurf fast einstimmig angenommen.

Die Gesetzentwürfe betr. die für die Berechnung der Transcriptions- und Incriptionsgebühren beim rheinischen Hypothekenwesen zu Grunde zu legenden Sprungsätze, betr. die Erhöhung der Gebühren der Gerichts- und Justizämter im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln und betr. die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger und die Aufhebung der Wiedereinführung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit werden ohne Discussion genehmigt.

Hierauf nimmt das Haus Kenntniß von der Uebersicht über die Erledigung der Anträge und Resolutionen des Herrenhauses aus der Session 1873/74.

Es folgen Berichte über Petitionen. Das Haus genehmigt den Antrag der Commission: „über die Petitionen: a. des Executiv-Comitees der Interessenten für den Eisenbahnbau Stettin-Hannover, mit dem Antrage: die Ausführung des Baues der Bahn Stettin-Hannover auf Staatskosten in der Richtung von Salzwedel über Celle nach Wunsdorf zu befürworten, b. der Stände des Kreises der West-Preignitz, des Magistrats und der Stadtherrenverbändeverammlung zu Arenberg, des Kreistages des Kreises Osterburg, mit dem Antrage: den Bau der Eisenbahn Stettin-Hannover in einer von ihnen bezeichneten Richtung auf Staatskosten zu befürworten, zur Tagesordnung überzugehen.“

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 19. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Kreisgerichts-Rath Hoffmann in Stendal zum Director des Kreisgerichts in Perleberg, den Kreisgerichts-Rath Meydam zu Sorau zum Director des Kreisgerichts in Angerburg, den Kreisgerichts-Rath Bartholdy in Schlawa zum Director des Kreisgerichts in Wargowitz und den Kreisgerichts-Rath Meind in Greifswald zum Director des Kreisgerichts in Wollgarden ernannt; dem preussischen Arzt Dr. Doering zu Goslar den Charakter als Sanitätsrath verliehen; und die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin getroffene Wahl des ordentlichen Professors der Rechte, Geheimen Justiz-Raths Dr. Bruns hier selbst zum ordentlichen Mitgliede in der philosophisch-historischen Klasse der Akademie bestätigt.

Der seither im Reichskanzler-Amt angestellte Kanzlei-Rath Kreßler und der seitherige Hilfs-Expedient Ritter sind zu Geheimen expedirenden Secretären im auswärtigen Amt ernannt worden.

Der practische Arzt Dr. Guericke ist mit Befassung seines Wohnsitzes in Strausberg zum Kreis-Wundarzt des Oberbarnimischen Kreises ernannt worden.

Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Osterburg ist der Conrector und Organist Gattermann zu Alfeld als Hilfslehrer angestellt worden.

Der bisherige Baumeister Eugen Hellwig zu Cottbus ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Nassauischen Staats-Eisenbahn mit dem Wohnsitz zu Wiesbaden angestellt worden.

Dem Maschinenvermeister Wilhelm Gerhard zu Grube Dudweiler im Regierungsbezirk Trier ist unter dem 14. März 1875 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Ausgleichen der Seilasten bei Fördermaschinen auf drei Jahre ertheilt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Inspector Leonhardt bei dem Kreisgericht in Schweidnitz, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Freiburg i. Schl., der Gerichts-Inspector von Gersdorff bei dem Kreis-Gericht in Eilenburg, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Döben, der Gerichts-Inspector Haenisch bei dem Kreis-Gericht in Conitz, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Tüchel, der Gerichts-Inspector Dr. Wieselbach bei dem Kreis-Gericht in Deutsch-Crone, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Märkisch-Friedland, und der Gerichts-Inspector Schulkenstein bei dem Kreisgericht in Berlin, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Trebbin. — Der Advocat Dr. jur. Bödter zu Gesehsmünde ist zum Anwalt bei dem königlichen Obergericht in Aurich, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt worden.

Berlin, 19. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörten heute die Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Militair-Cabinetts und des Polizei-Präsidenten von Madai, nahmen die Meldung Allerhöchster General-Adjutanten Grafen Brandenburg I., welcher aus Breslau hier eingetroffen ist, entgegen und empfingen Se. königliche Hoheit den Prinzen Alexander der Niederlande, Ihre Hoheiten den Herzog von Anhalt und Hochsachsen-Söhne, den Erbprinzen und den Prinzen Friedrich, sowie Se. Durchlaucht den Fürsten Wied.

Gestern fand ein kleines Familienbändner im königlichen Palais statt. Abends empfing Ihre Majestät die Kaiserin-Königin Se. königliche Hoheit den Prinzen Alexander der Niederlande. — An der musikalischen Soirée theilnahmen sich, unter Leitung des Ober-Capellmeisters Taubert, Frau Ariot-Pabilla, Fräulein Lehmann und Herr Pabilla.

Heute wohnte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden in der Kaiserin-Augusta-Stiftung zu Charlottenburg der Confirmation der Böglinge bei. — Ein größeres Familienbändner findet auf dem königlichen Schlosse statt.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] besuchte gestern um 11 1/2 Uhr Vormittags mit dem Erbprinzen und der Erbprinzeßin von Sachsen, dem Erbprinzen und der Erbprinzeßin von Hohenzollern das Gewerbe-Museum. Später empfingen die höchsten Herrschaften den Besuch des Großherzogs von Sachsen und des Fürsten Reuß, welchen Se. Kaiserliche Hoheit im Laufe des Tages erwiderte. Um 9 Uhr Abends stattete Hochsachsen dem Prinzen Alexander der Niederlande einen Besuch ab. Um 9 1/2 Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zur Soirée bei den Majestäten.

Ihre königliche Hoheit der Prinz und die Prinzessin Albrecht treffen heute Abend 7 1/2 Uhr von Hannover hier ein. (Reichsanz.)

© Berlin, 19. März. [Die Kaiserin. — Das Eisenbahngesetz. — Entschädigung.] Der Unfall, der vor einigen Tagen die Kaiserin betraf, hat in der Presse theilweise übertriebene Darstellungen gefunden. Die Pferde der Kaiserin sind nicht mit den Pferden des Omnibus in Berührung gekommen. Der Kutscher der Kaiserin hat vielmehr noch einige Schritte, ehe die Berührung stattfinden konnte, die Pferde so jäh parirt, daß darüber das eine Pferd stürzte und das Rückgrat brach. — Der Entwurf des neuen Reichs-Eisenbahngesetzes ist nunmehr, wie wir hören, so weit vollendet, daß nach einer weiteren Revision im Reichseisenbahnamt die Ueberreichung an das Reichskanzleramt erfolgen kann. Durch dieses dürften wohl die verbundenen Regierungen zur Bildung einer Commission aufgesordert werden, welcher die Prüfung des Gesetzentwurfs obliegen wird. Die Wirksamkeit dieser Commission kann selbstverständlich erst nach Vorlegung des Entwurfs an das Reichskanzleramt beginnen. Vor dem früheren Reichs-Eisenbahngesetz-Entwurf hat der neuere zunächst durch Aufhebung der privatrechtlichen Sphäre den Vorzug wesentlich kürzerer und mehr präciser Fassung. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist noch nicht bestimmt. — Aus den Verhandlungen des Reichstages ist erinnerlich, daß mehrere Einwohner des Landkreises Wiesbaden während des Krieges 1870—71 zur Leistung von Vorpostendiensten requirirt und auf den Kriegsausplag mitgeführt, dort angeblich ihrer Gefanahme, ihrer Effecten und ihrer Baarmittel beraubt worden und erst nach

mehreren Wochen, die sie in der Kriegsgefangenschaft zugebracht, in ihre Heimath entlassen waren. Dieselben hatten in Gemäßheit der bestehenden Vorschriften Vergütung für die bis zum Tage der Gefangennehmung geleisteten Fuhrkosten und auch Ersatz für die weggenommenen Fuhrwerke und Gespanne erhalten, waren aber auf ihren Anspruch auf Schadloshaltung für die verlorenen Effecten und Baarmittel, für die ausgestandene Unbill und für den verlorenen Arbeitsverdienst in allen Instanzen abgewiesen worden. Auf ihre in Folge dessen erhobene Beschwerde hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 29. Januar d. J. beschlossen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, insoweit es sich um Ersatz der den Verhältnissen entsprechend mitgenommenen und nachweislich durch die Kriegsgefangenschaft verlorenen Baarschaften und Effecten und um eine Entschädigung für denjenigen Theil des Fuhrlohs handelt, der auf den Gespannführer trifft. Der Bundesrath hat sich nur mit diesem Beschlusse einverstanden erklärt und der Reichskanzler die preussische Regierung um Erledigung der gedachten Petition, sowie ähnlicher Fälle im Sinne der Beschlusse des Reichstags ersucht. Dem entsprechend sind durch Verfügung des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Kriegsministers die Provinzialbehörden angewiesen worden, in Fällen der in Rede stehenden Art eine das Maß der Er-lasse vom 19. April 1871 und vom 8. Januar 1872 überschreitende Schadloshaltung unter näher festgesetzten Modalitäten zu gewähren.

E. M. Berlin, 18. März. [Der Proceß gegen die socialdemokratischen Vereine.] Heute, am 27. Jahrestage der Erhebung von 1848, befaßte das hiesige Criminalgericht die Serie der auf Schließung der hiesigen socialdemokratischen Vereinigungen gerichteten Prozesse. Die zweitägigen Verhandlungen betrafen die als Kernpunkte der ganzen socialdemokratischen Agitation zu erachtenden vier Hauptvereine: Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Allgemeiner deutscher Arbeiter-Unterstützungsverband, Allgemeiner deutscher Maurer- und Steinhauerbund und Allgemeiner deutscher Zimmerer-Verein. Sämmtliche vier Vereine sind schon im Herbst v. J. polizeilich geschlossen worden. Auch der Berliner Pukerclub, eine Spielart des Maurer- und Steinhauerbundes, war in die Anklage mit hineingezogen worden. Als Angeklagte figurirten die Vorstände der genannten Vereine: Der Reichstagsabgeordnete Schriftsteller Wilhelm Hasenclever und Cigarrenmacher Otto Reimer, der Vereinssekretär Derossi, der Kaufmann Grämel, die Zimmerer Finn, Otto Kapell und August Kapell, der Cigarrenmacher Eds, die Maurer Hurlemann, Walther, Buchholz und Siemert. Die eigentliche Seele der socialdemokratischen Bewegung Hasenclevers Richtung, auf welche es hierbei ankommt, der Schriftsteller Hasenclever selbst befand sich nicht auf der Anklagebank.

Die sehr umfangreiche Anklageschrift beschuldigt die Angeklagten, gegen die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes dadurch verstoßen zu haben, daß die genannten Vereine, die alle einen ausgeprägten politischen Charakter hatten, zunächst mit einander, sodann aber auch mit den in vielen Städten Deutschlands errichteten Zweigvereinen, deren selbstständige Existenz unter der Bezeichnung „Mitgliedschaften“ verdeckt wurde, mittels Correspondenzen, Generalversammlungen, Congressen u. in enger Verbindung standen. Als Endziel der Socialdemokratie stellt die Anklage die Verherrlichung der Pariser Commune hin, und beruft sich dabei auf verschiedene Hef- und Schimpf-artikel des Vereinsorgans des „Neuen Socialdemokrat“. Ferner werden die Angeklagten beschuldigt, die Mitglieder der Vereine zur Störung und Sprengung der Versammlungen aller übrigen Parteien angereizt zu haben, und ist in dieser Beziehung ein den Papieren des Angeklagten Hasenclever entnommener Brief von nicht geringem retrospectivem Interesse, in welchem er von seinem Freunde Hasemann anlässlich des verunglückten Versuches der Sprengung einer Urnahrerwahl, bei welcher die Socialdemokraten mit blutigen Köpfen heimgeschickt wurden, aufgefordert wird, Berlin neu zu organisiren, und zwar auf dem Wege dictatorischer Centralisation.

Der erste Tag der Verhandlung wurde fast vollständig mit dem Inquiritorium der Angeklagten ausgefüllt, welche sämmtlich die Verbindung der unter Anklage gestellten Vereine mit anderen Vereinen gleicher Tendenz in Abrede stellten. In sehr erregter Weise, welche ihm eine Rüge des Vorsitzenden, Stadtgerichtsdirektor Reich, zuzog, verwahrte sich Hasenclever gegen die Unterstellung der Anklage, als ginge die Socialdemokratie nur darauf hinaus, die Pariser Commune zu verherrlichen. Wenn der „Neue Socialdemokrat“, der übrigens nur nominell Eigentum der Partei sei, im juristischen Sinne aber ihm persönlich gehöre, diese Absicht in Hef- und Schimpfartikeln enthalten hätte, so würde der Staatsanwalt gewiß nicht mit der Anklage gegögert haben; in Wirklichkeit sei das Blatt seit dem Juni v. J. aber nur von einem einzigen Proceß betroffen, und in diesem freigesprochen worden. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein habe eine eminent friedliche Tendenz gehabt, nichts sei ihm ferner gelegen als die Revolution, was schon daraus herborgeht, daß er sein Hauptaugenmerk auf die Reichstags-wahlen lenkte; sein Statut, ursprünglich vom Abg. Ziegler verfaßt, sei bis zur Schließung im vorigen Herbst fast unverändert geblieben. Mit anderen Vereinen sei der Arbeiterverein niemals in Verbindung getreten, wohl habe er aber in fast allen Städten Deutschlands Mitglieder gehabt. Aus alledem sowie aus der Verögerung des Urtheils über die definitive Schließung des Vereins geht hervor, daß man es hier mit einem Tendenzproceß zu thun habe. — Der Staatsanwalt Tessenlof entgegnete auf letzteren Vorwurf, die Verhandlung habe wegen der Reichstagswahlqualität Hasenclevers sich jetzt hinausgeschoben werden müssen. — Die übrigen Angeklagten ließen sich in fast derselben Weise über den Arbeiterverein aus, dessen politische Tendenz aus mehreren in demselben gehaltenen Vorträgen bewiesen wurde.

Bezüglich des Berliner Pukerclubs, der nach der Behauptung der Anklage ebenfalls politisch getrieben und mit anderen Vereinen in Verbindung gestanden zu haben, wurde Gravidirendes nicht erbracht. Die Polizeibeamten, welche die Versammlungen desselben überwachten, waren nicht im Stande zu betonen, daß in denselben politische Fragen behandelt wurden, und die Angeklagten bestreiten dies natürlich auch.

Die politische Qualifikation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes wird von Hasenclever (Vorlesender) und Otto Kapell (stellvertretender Vorlesender) entschieden bestritten, wogegen die Staatsanwaltschaft behauptete, der Verband sei gewissermaßen die Vorhölle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen, wie nicht nur die vorliegenden Auftrufe zum Beitritt zu demselben, sondern auch die That-sache beweise, daß Hasenclever einmal aus der Rasse des Verbandes die Summe von 500 Thlr. befuhr Agitation zu den Reichstagswahlen ausge-geht erhielt. — Hasenclever bezeugte sich nur als den nominellen Prä-sidenten des Verbandes, die eigentliche Leitung desselben habe in den Händen Otto Kapells gelegen. Was die Staatsanwaltschaft aus den verlesenen Auftrufen deduciren werde, darauf sei er neugierig; thatsächlich enthielten dieselben nichts Belastendes, wie auch der Verband, der seit anderthalb Jahren schon keine Versammlungen mehr abhält, sich niemals mit politischen oder socialen Fragen beschäftigte. Es sei eben ein Unterstützungsverband gewesen, und wenn er (Hasenclever) hin und wieder in den öffentlichen Ver-sammlungen desselben einen politischen Vortrag gehalten, d. h. einen rein belehrenden Vortrag, so hätten alle Gewerke zu diesen Zusammenkünften Zutritt gehabt. Die 500 Thlr. habe er nicht zu politischen Zwecken, sondern zur Bestreitung der Kosten verwendet, welche die Bemühungen verursachten, die rein gewerblichen Tendenzen des Verbandes auch im Reichstag zur Gel-tung zu bringen. (1) — Otto Kapell bestritt gleichfalls den politischen Cha-rakter des Verbandes, wemgleich der „Neue Socialdemokrat“ Organ des Verbandes war und wiederholt aufgefordert wurde, in denjenigen Orten, wo der Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein auf Schwierigkeiten stöße, mit der Bildung von Mitgliedschaften des Unterstützungs-Verbandes vorzugehen. Der Verband sei bereits ein Mal im Jahre 1871 unter gleichzeitiger polizeilicher Aufsicht geschlossen, aber auf richterliches Erkenntnis wieder zugelassen.

Als Beweismaterial gegen den Allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauerbund sowie gegen den Allgemeinen Deutschen Zimmerer-Verein kamen mehrere Ansprachen zur Verlesung, in welchen zur Vertheidigung eines Congresses der Maurer und Zimmerleute aufgefordert wird und in denen es u. A. heißt: „Das Endziel der Arbeiterbewegung sei die Erreichung der ökonomischen Unabhängigkeit und der politischen Freiheit und Gleichberechtigung für Jeden, der Menschenangestrichen trage.“ Außerdem befanden mehrere Polizeibeamte, daß in den Versammlungen dieser Vereine politische Fragen erörtert wurden. August und Otto Kapell gaben dies als möglich zu, behaupteten aber, es sei die vollständige Fernhaltung der Politik aus den Discussionen irgend eines Vereins ganz unmöglich, und be-stritten, daß aus dergleichen einzelnen Reden ein bestimmter Schluß auf die Tendenz des Vereins gezogen werden könne.

Der zweite Tag der Verhandlung war dem Plaidoyer gewidmet. Die Rede des Staatsanwalts Tessenlof war im Großen und Ganzen nichts

weiter als eine Umschreibung der Anklage. Herr Tessenlof folgerie aus der bekannten Thätigkeit der unter Anklage gestellten Vereine bei den Reichstagswahlen und in anderen politischen Fragen, deren politischen Charakter im Sinne des Gesetzes und wies bezüglich der Verbindung mit anderen Vereinen auf die in Freiwahl und Wandsbed ergangenen richterlichen Urtheile hin, durch welche die dort bestandenen Vereine definitiv geschlossen wurden. Die staatsgefährlichen Tendenzen der Socialdemokratie suchte der Staatsanwalt ferner aus der Haltung des Vereinsorgans, des „Neuen Socialdemokrat“, zu beweisen, welcher unter andern die communistiche Idee der Abschaffung des Eigenthums proclamirte und wegen verachteter Hefartikel wiederholt gerichtlich verurtheilt worden sei. Derartige Tendenzen dürfe aber ein geordnetes Staatswesen nicht dulden, weil unter ihnen Recht, Gesetz und Ordnung nicht bestehen könnten und deshalb müsse im vorliegenden Falle das Gesetz mit seiner ganzen Strenge eintreten. Der Antrag auf Schließung der sämmtlichen unter Anklage gestellten Vereine werde deshalb vom öffentlichen Interesse dictirt. Was die Ausmessung der Strafe gegen die angeklagten Personen betreffe, so könne eine größere Milde obwalten, da die längere Straflosigkeit der ungeseligen Verbindung möglicherweise zu dem Glauben verführe, die Organisation sei erlaubt gewesen. Er beantrage deshalb gegen alle Angeklagte nur eine Geldstrafe und zwar gegen Hasenclever 200 Mark, gegen Finn 150 Mark, gegen den Vorsitzenden des Pukerclubs 80 Mark, gegen die übrigen Angeklagten je 130 Mark.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Munkel, bezeugte die Geldstrafen als sehr gleichgültig, die Hauptsache bleibe die Schließung der Vereine, und zu diesem Behufe gehöre vor allen Dingen der Nachweis des politischen Charakters derselben, welchen der Staatsanwalt nicht geführt habe, mit Ausnahme des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Nach der Interpretation des Staatsanwalts sei ein nicht politischer Verein überhaupt undenkbar, denn selbst die harmloseste Vereinsstätigkeit könne eine politische Seite haben, ohne daß der Verein im Sinne des Gesetzes als ein politischer anzusehen ist, denn der Gesetzgeber verlange ausdrücklich, daß der Zweck des Vereins die Beförderung politischer Fragen sei, und das Obertribunal habe erst ganz kürzlich den Rechtsgrundsatz aufgestellt, daß selbst die wiederholte Erörterung politischer Gegenstände in einem nicht politischen Vereine diesem nicht den Charakter eines politischen Vereins aufbringe. Aus der Subvention eines Vereinsorgans, des „Neuen Socialdemokrat“, sei ein solches ebenfalls nicht zu folgern; andernfalls müßten alle Actien-Gesellschaften politische Vereinigungen sein, weil sie ihre politischen Vereinsorgane durch Zuwendung ihrer Anzeigen subventioniren. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei allerdings ein hochpolitischer Verein, aber nirgend sei er-wiesen, daß seine auswärtigen Mitgliedschaften, mit denen er in Verbindung stand, selbstständige Vereine gewesen seien, und schließlich habe der Staats-anwalt nicht einmal den Versuch gemacht, den einzelnen Angeklagten zu be-weisen, in welcher Art sie sich bei der unerlaubten Verbindung betheiligten. Die angelegte Schwere des Vergehens habe der Staatsanwalt erst recht nicht motivirt, denn vor dem Richter gebe es keine politische Partei, sondern nur den Verächter des Gesetzes. Die socialdemokratische Richtung habe ge-wiß viele belagerte Werthe, Irrthümer, aber doch auch viele Richtige und Gute; der Gerichtshof werde deshalb ernstlich die Frage zu prüfen haben, was für die Staatszwecke dienlicher sei, die Auflösung der Vereine oder der Fortbestand der Organisation, um auf diese Weise die Anhänger der Social-demokratie selber zur Einsicht ihrer Irrthümer zu führen.

Der Staatsanwalt replicirte, daß Niemand, der nicht zur socialdemo-kraftischen Partei gehöre, den eminent politischen Charakter der socialdemo-kraftischen Verbindungen leugnen werde.

Hasenclever nannte in längerer Rede die Tendenz des Proceßes einen Versuch, die Socialdemokratie der geheimen Verbindung mit dem Ultra-montanismus zu bezichtigen, der gleich nach dem Kullmann'schen Attentate ziemlich offen zu Tage trat. Andererseits hätte die Staatsanwaltschaft auch den Nationalverein, den Preussischen Volksverein und in jüngster Zeit den Nationalliberalen Verein verfolgen müssen, die sämmtlich genau dieselbe Or-ganisation wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein beßten resp. besaßen. Sei aber wirklich ein Verstoß gegen das Gesetz vorgekommen, dann würde es besser sein, die schuldigen Personen mit der vollen Strenge zu bestrafen, die Vereine dagegen bestehen zu lassen, denn höchstens könne man doch die Form gebrechen, den Geist aber niemals erlösen, und schließlich, wenn man den Leuten jede Möglichkeit der geseligen Vereinigung raube, dann werde es zu geheimen Verbindungen kommen, wie sie in Frankreich unter Louis Napoleon bestanden. — In ähnlicher Weise vertheidigten sich die übrigen elf Angeklagten.

Der Gerichtshof setzte die Publication des Erkenntnisses auf Sonnabend, den 20. d. M., Nachmittags 4 Uhr aus.

[S. M. S. „Gazette“] ist nach einem Telegramm d. d. Aken, den 17. März c. am 26. Februar c. auf der Insel Mauritius ange-kommen. An Bord Alles wohl.

Malchin, 19. März. [Der Landtag] ist gestern durch Ver-kündigung der Landtagsabschiede geschlossen. Der Passus des schwe-rinschen Abschiedes über die Verfassungsangelegenheit lautet: Der Großherzog war zu der Erwartung berechtigt, daß Stände in einer mit ihm übereinstimmenden Würdigung der ersten Lage des Landes den Weg zu einer Verständigung über die Modification der Verfassung finden würden, und kann nur sein schmerzliches Bedauern darüber aussprechen, daß die Verhandlungen über diese wichtige Angelegenheit auch auf dem gegenwärtigen Landtage erfolglos verlaufen sind. Der Großherzog behält sich bei dieser Sachlage seine weiteren Entschlie-ßungen vor. — In dem freilichigen Landtagsabschied behält sich der Großherzog ebenfalls weitere Entschlie-ßungen vor. Derselbe entsagt jedoch nicht der Hoffnung, daß durch weitere gemeinsame Beratungen der Weg zu den für das Heil des Landes erforderlichen Reformen ge-funden werden wird.

Münster, 19. März. [Verurtheilung.] Der verantwortliche Redacteur des „Westfälischen Merkur“, Frhr. v. Wendt, ist heute vom hiesigen Kreisgerichte wegen Veröffentlichung der päpstlichen Encyclica zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet worden. Der Staatsanwalt hatte eine zweijährige Gefängnisstrafe beantragt.

Chemnitz, 19. März. [Die hiesige Maschinenbau-Gesellschaft Münich] ist heute geschlossen, auch bereits ein gericht-liches Veräußerungsverbot erlassen worden.

Provinzial-Beitung.

H. Breslau, 19. März. [Vorschuß-Verein.] Die gestern Abend abgehaltene General-Versammlung war nur wenig zahlreich besucht. Kauf-m. Ulrich eröffnete dieselbe mit dem Hinweis auf deren Zweck: Die in der vorangegangenen zweiten außerordentlichen General-Versammlung nicht zum Abschluß gelangte Aenderung des Statuts herbeizuführen. Da Kaufmann La-witz noch krank sei, Kaufm. Maul sein Amt niedergelegt, schlägt er Kaufm. Kopitz zum Vorsitzenden vor. Die Versammlung acceptirt diesen Vorschlag. Der Vorsitzende empfiehlt, dafür mitzuwirken, daß die Statuts-berathung in der gegenwärtigen Versammlung zu Ende geführt und ein definitiver Zustand für den Verein geschaffen werde.

Kaufm. Sturm empfiehlt unter Hinweis auf die geringe Betheiligung an der Versammlung, durch welche wohl constatirt werde, daß die noch zu behandelnden §§ des Statuts von im Allgemeinen geringerer Bedeutung, als die bereits festgestellten, en bloc-Akademie der noch übrigen Abände-rungs-Vorschläge. — Hr. Gröger erklärt sich hiergegen, da die vorige Ge-neral-Versammlung mit großer Majorität die Spezialberathung beschlossen habe, auch unter den gemachten Vorschlägen einzelne durchaus nicht an-nehmbar seien, sowie andererseits auch einige Bestimmungen, welche nicht proponirt worden, die ins Statut aufgenommen werden müssen. — Kaufm. Sturm erachtet die General-Versammlung in Bezug auf ihre Beschlüsse für souverän, wenn die frühere Versammlung sich gegen en bloc-Akademie entschieden, so geschah es eben in Bezug auf die wichtigste Umwandlung in der Vereinsorganisation, anders liegt die Sache heut. — In ähnlichem Sinne spricht sich Buchhändler Morgenshtern aus; im Uebrigen dürfen Aenderungen von Statutsbestimmungen, welche nicht bereits auf der Tages-ordnung stehen, nicht zur Verhandlung gelangen. Nach weiteren Ausfüh-rungen der Herren Polke und Gröger wird die en bloc-Akademie ab-gelehnt.

Es wird zur Discussion des § 5 übergegangen. Vorstand und Verwal-tungsrath schlagen dafür folgende Fassung vor: Der Verwaltungsrath besteht aus 27 Mitgliedern, von denen 24 durch die General-Versammlung mittels Stimmzetteln nach absoluter Mehrheit in einem Wahlgange, die übrigen 3 durch Cooptation von jenen gewählt worden. Alljährlich scheidet ein Drittel nach der Anciennität aus; die Auscheidenden sind wieder wählbar.

Der Referent, Buchhändler Morgenshtern begründet diesen Aenderungs-vorschlag. Gegen denselben spricht Buchbinder Hubn, für denselben Kauf-mann Schlesinger und Kaufmann Sturm. — Der Aenderungs-vorschlag wird hierauf mit mehr als 2/3 Majorität angenommen.

Die §§ 6, betreffend die Constitution und Cooptirung des Verwaltungsraths, 7 und 8, redactionelle Aenderungen der früheren Fassung enthaltend, und 9. von der Legitimation des Vorstandes handelnd, — werden ohne wesentliche Discussion angenommen.

§ 10 betrifft die Zeichnung für den Verein. Vorstand und Ausschuß schla-gen folgende Fassung des § 10 vor: Rechtliche Verpflichtung für den Verein hat die Zeichnung aber nur, wenn sie entweder von den beiden Vorstands-mitgliedern, oder von einem derselben und einem Bevollmächtigten geschieht. Für Zeichnungen, welche im Kassenlocale geleistet worden, ist die Zeichnung rechtsgiltig, sofern dieselbe von zwei Kassenbeamten vollzogen wird. — Nach-dem seitens des Referenten die bisherigen Verhältnisse in Betreff der Zeich-nung dargelegt, die dabei gemachten Erfahrungen hervorgehoben und die Anschauungen von Schulze-Deßlich, nach welchen die Bevollmächtigten sich nicht rechtfertigen lassen, mitgeteilt worden, beschließt die Versammlung nach kurzer Debatte, an welcher sich die Herren Simon, Köhler u. A. be-theiligten, den § 10 in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Für § 14 schlägt Vorstand und Verwaltungsrath folgende Fassung vor: Für alle durch Ueberschreitung ihrer Befugnisse oder durch Aushandlung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns dem Vereine verursachten Schäden haften die dabei betheiligten Vorstandsmitglieder dem Vereine mit ihrem ganzen Vermögen solidarisch. — Hr. Gröger beantragt folgende Aenderung zu § 14: Mitglieder des Vorstandes, welche die ihnen erteilten Aufträge den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868 und den Bestimmungen des Statuts resp. der ihnen erteilten Instruction ent-gegenhandeln, sind dem Verein persönlich ebenf. solidarisch mit ihrem Vermögen auf den dadurch entstandenen Schaden verhaftet. In dieser Beziehung wird die Ersatzpflicht auch auf alle Verwaltungen event. entweder individuell oder je nach Umständen für die Schuldigen solidarisch ausgedehnt. — Der Re-ferent begründet die letztere, Herr Gröger die zweite Fassung. Nach kurzer Discussion entscheidet die General-Versammlung sich für die letztere.

Die §§ 15—17 werden nach den Aenderungs-vorschlägen des Vorstandes und Ausschusses ohne Widerspruch genehmigt, die §§ 18—24, als der Ge-schäftsordnung angehörig, gerichtlich. Bei § 27 will Herr Gröger den „Discontobetrieb“ für den Verein beseitigt wissen. Der Referent weist das Unbegreifliche dieses Antrages nach und derselbe wird abgelehnt.

Erst bei dem vor § 33 einzuschaltenden Paragraphen: „Der Verwaltungsrath wählt alljährlich binnen acht Tagen nach seiner Constitution eine ständige Control-Commission aus seiner Mitte, bestehend aus 6 Mitgliedern unter Leitung des Vorsitzenden des Verwaltungsrathes. — Die Control-Commission, sowie deren einzelne Mitglieder, haben die Aufgabe, in Gemäß-heit der ihnen erteilten Instruction und Geschäftsordnung, den gesamten Gang des Geschäftes zu überwachen und darüber mindestens jeden Monat einmal dem Verwaltungsrathe zu berichten. Insbesondere liegt der Com-mission ob: 1) darüber zu wachen, daß sämmtliche Handlungsbücher stets à jour sind und 2) mindestens jeden Monat einmal genaue Kassenrevision zu halten und dabei die Uebereinstimmung der Buchungen mit den vorhan-denen Beständen festzustellen. Die Wahrnehmungen, Monita und Berichte der Commission ist der Vorsitzende verpflichtet in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrathes zu dessen Kenntniß zu bringen.“ — entwickelt sich wieder eine umfangreiche Debatte, nach welcher der Paragraph in vorstehender Fassung, jedoch mit der Modification, daß statt 8 Tagen deren 14 gesetzt werden, angenommen wird.

Bei § 33 beantragt Gröger folgenden Zusatz: Die Mitglieder des Aus-schusses sind dem Vereine zum Ersatz des demselben durch Vernachlässigung ihrer Controlpflichten entstehenden Schadens solidarisch verpflichtet. — Hier-gegen erklären sich Justizrath Bounck, Köhler u. A. Der Zusatz wird abgelehnt. — Ein erneuter Antrag auf en bloc-Akademie des noch übrigen Theiles der Aenderungs-vorschläge wird mit Ausschluß des § 55 angenom-men. — Zu diesem Paragraphen stellte Hubn den Antrag: Beamte des Vereines dürfen nicht dessen Mitglieder sein. Das wesentliche Motiv hier-für ist, den Beamten dadurch die Creditnahme bei dem Vereine abzuschneiden. Da jedoch, wie der Referent bemerkt, ihnen bei der Anstellung die Inan-spruchnahme des Credits abgesprochen werden kann, andererseits, wie Kauf-mann Sturm ausführt, es für die Solidarhaft wissenschaftlich ist, daß die Beamten des Vereines dessen Mitglieder sind, so wird unter Ablehnung des Hubn'schen Antrages, sowie eines anderen von Gröger eingebrachten, be-schlossen, den § 55 (früher 67) dahin zu fassen: „Vorstandsmitglieder und Beamte des Vereines dürfen demselben gegenüber weder Bürgschaften für Mitglieder übernehmen, noch den Credit des Vereines für sich benutzen.“ — Der Antrag von Vogel u. Gen.: Das Guthaben der Mitglieder wieder in seiner ganzen Höhe zu beleihen, wird nach kurzer Discussion abgelehnt und hiermit die Generalversammlung nach 11 Uhr geschlossen.

* Breslau, 20. März. [Pallium.] Wie die römische „Volks-zeitung“ erfahren hat, soll der Fürstbischof von Breslau zu seinem 50jährigen Jubelfeste vom Papst das Pallium erhalten. Das ge-nannte Blatt fügt hinzu, daß diese, eigentlich erzbischöfliche, Aus-zeichnung nur in den seltensten Fällen Bischöfen zu Theil wird.

* [Zur Feier des kaiserlichen Geburtstages] findet für die hiesige Garnison Montag den 22. März ein Festgottesdienst statt, und zwar in der Barbarakirche Vormittags um 10 1/2 Uhr, in der Hofkirche um 10 Uhr und in der Kreuzkirche um 8 Uhr. Die Parade fällt diesmal aus. — Wei-dem 5. Armee-corps wird die Parade, so viel wir erfahren haben, heut, Sonnabend, abgehalten.

* [Kälte.] Aus Neurode meldet man uns unterm 19. März als bemerkenswerth, daß dort das Thermometer Morgens 6 Uhr, an einer gegen den Nordwind geschützten Stelle im Freien eine Kälte von 6 Grad R. ange-zeigt habe. Wir müssen darauf bemerken, daß wir gestern in Breslau nicht viel besser daran gewesen sind, da das Thermometer hier zur selben Zeit eine Kälte von 4 1/2 R. angab.

* [Frühlingsboten.] Aus Görlitz schreibt die „Nied. Bzt.“: In der Gegend von Heiderdorf (bei Marissa) hat man am 17. März die zu-verlässigsten Frühlingsboten, Rübze, gesehen; auch die Bachstelzen sind seit einigen Tagen da. Leider haben weder Rübze noch Bachstelzen ver-bindert, daß der Himmel wieder massenhaften Schnee auf uns hernieder schüttet.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Verailles, 19. März, Abends. Die Nationalversammlung ge-nehmigt verschiedene Credit. Der Präsident theilt die Namen der Mitglieder der Permanenz-Commission mit. Es heißt, demnachst würde ein Gesetzentwurf eingebracht werden, wodurch die Regierung provisorisch ermächtigt wird, die Wähler zu den Ersatzwahlen nicht zusammen zu rufen. Die Minister, in den Abtheilungen wiederholentlich über die Auflösung der Nationalversammlung befragt, antworteten, auf zahlreiche unentledigte Gesetzentwürfe hinweisend, dieselben müßten vor der Auf-lösung berathen werden; sie fügten hinzu, die Nationalversammlung allein könne die Auflösung bestimmen. Es sei geboten, nicht lange vorher den Tag der Auflösung festzustellen, um vorzeitige Wahlbewe-gungen hervorzurufen. Decazes sprach sich in demselben Sinne aus und hob hervor, das Ausland blicke auf Frankreich.

Konstantinopel, 19. März. Die Regierung hat nunmehr der Banque ottomane die Frist, innerhalb deren ihr das Optionsrecht auf die übrigen 5 Millionen der letzten türkischen Anleihe zu dem ur-sprünglichen Course zusteht, um 3 Monate verlängert.

Bukarest, 19. März. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Budget für das Jahr 1876 angenommen. Dasselbe weist an Einnahme 94 Millionen, an Ausgaben 101 Millionen Frs. auf. Das Deficit beträgt somit 7 Millionen Francs.

Köln, 19. März. [Die Dübender der Aachen-Münchener Feuer-versicherung-Gesellschaft] ist für das Jahr 1874 der „Kölnischen Zeitung“ zufolge auf 112 Thlr. pro Alie incl. Zinsen, und die der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft auf 34 Thlr. pro Actie festgesetzt worden.

Widau, 18. März. [In der heutigen Generalversammlung der Widauer Bank] wurde mit Einstimmigkeit der Rechnungsab-schluß genehmigt und die Decharge erteilt. Die Versammlung erteilte ferner der beantragten Vortragung des Abrechnungsbuchs auf die neue Rechnung ihre Zustimmung und beschloß durch Acclamation weitere Eingabungen dem Ermessen des Aufsichtsrathes anheimzugeben. Sodann wurden die statuten-mäßigen Neuwahlen vorgenommen.

Berliner Börse vom 19. März 1875.

Wechsel-Course.			
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3/4	175,80 bz	
do. 100 Fl.	2 M. 4	174,70 bz	
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4	—	
Frankfurt 100 Fl.	2 M. 4	—	
Leipzig 100 Thlr.	2 M. 4	—	
London 100 £.	3 T. 1/2	20,41 bz	
Paris 100 Fr.	3 T. 1/2	81,65 bz	
Petersburg 100 Rbl.	3 T. 1/2	250,40 bz	
Warschau 100 Rbl.	3 T. 1/2	262,60 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 1/2	183,25 bz	
do. 100 Fl.	2 M. 4	182 bz	
Fonds- und Geld-Course.			
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	—	
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	4 1/2	—	
do. 4 %ige	4 1/2	—	
do. 4 %ige	4 1/2	—	
Staats-Schuldenscheine	3 1/2	91 bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	4 1/2	138,50 bz	
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,60 bz	
Berliner	4 1/2	102,60 bz	
Pommersche	4 1/2	91,25 bz	
Schlesische	4 1/2	91,25 bz	
Kur-u. Neumark	4 1/2	91,25 bz	
Pommersche	4 1/2	91,25 bz	
Pommersche	4 1/2	91,25 bz	
Preussische	4 1/2	91,25 bz	
Westfäl. u. Rhein.	4 1/2	91,25 bz	
Schlesische	4 1/2	91,25 bz	
Badische Präm.-Anl.	4 1/2	121,75 bz	
Badische 4 % Anleihe	4 1/2	120,75 bz	
Göln-Mind.-Präm.-Anl.	4 1/2	109,15 bz	
Kurh. 40 Thlr.-Loose 239,75 G			
Badische 35 Fl.-Loose 124,20 B			
Braunschw. Präm.-Anleihe 74,50 bz			
Oldenburg. Loose 132,25 bz			
Louisd. — d. — Fremdb. Bkn. 99,53 G			
Ducaten 9,50 G			
Sov. 20,50 G			
Napoleons 16,35 bz			
Imperial 16,75 G			
Boilers 4,19 G			
Hypotheken-Certificates.			
Krupp'sche Partial Obl.	5	103 bz	
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	4 1/2	100,50 bz	
Deutsche Hyp. Bk. Pfd.	4 1/2	95,75 bz	
Kündn. Cent.-Bod. Cr.	4 1/2	100,40 bz	
Unk. d. (1872)	5	100,50 bz	
do. rückbz. a. 110	5	99,75 bz	
Unk. H. d. Pr. Cr. B. B.	4 1/2	103,10 G	
do. III. Em. do.	5	101 bz	
Kündn. Hyp. Schuld. do.	5	99,90 bz	
Hyp. Anst. Nord.-O. C. B.	5	101,50 bz	
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105,90 bz	
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	5	109,40 bz	
do. do. II. Em.	5	105,75 bz	
do. 5 % Pfd. rückbz. m. 110	5	103,75 bz	
do. 4 1/2 % do. do. m. 110	5	97,25 bz	
Meininger Präm.-Pfd. I.	5	105,10 bz	
Oest. Silberpfd. B. B.	5	65 bz	
do. Hyp. Crd. Pfd. B. B.	5	65 bz	
Pfd. d. Oest. Bd. Cr. G.	5	100,80 bz	
Schles. Bodencr. Pfd. B.	5	94,90 G	
Südd. Bod.-Cred. Pfd. B.	5	103 bz	
Wiener Silberpfd. B.	5	65 B	
Ausländische Fonds.			
Oest. Silberrente	4 1/2	69,40 bz	
do. Papierrente	4 1/2	65,50 bz	
do. 54er Präm.-Anl.	4 1/2	114,80 B	
do. Lott.-Anl. v. 60	5	119 bz	
do. Credit-Loose	5	302 bz	
do. 64er Loose	5	309 bz	
Russ. Präm.-Anl. v. 64 ..	5	174,50 bz	
do. 1866	5	172,25 bz	
do. Bod.-Cred. Pfd. B.	5	92,10 bz	
Russ.-Pol. Schatz.-Obl.	5	89,60 bz	
Poln. Pfandb. III. Em.	5	83,90 G	
Poln. Liquid.-Pfandb.	5	70,25 bz	
Amerik. rückz. p. 1881 ..	5	103,70 etbz	
do. 5 % Anleihe	5	102,40 etbz	
Ital. neue 5 % Anleihe ..	5	103,90 bz	
Ital. Tabak-Oblig.	5	72,40 bz	
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	100 G	
Rumänische Anleihe	5	105,50 G	
Türkische Anleihe	5	43,60 B	
Ung. 5 % St.-Eisenb.-Anl.	5	76,75 bz	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	5	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	5	38,80 bz	
Türken Loose 103,40 bz	5	—	
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg-Mark. Serie III. 4 1/2	5	85 B	
do. III. 4 1/2 %ige	5	85 B	
do. do. VI. 4 1/2	5	97,80 bz	
do. Hess. Nordbahn	5	103 G	
Berlin-Görlitz	5	—	
Breslau-Freib. Litt. B. 4 1/2	5	—	
do. do. G. 4 1/2	5	97,50 G	
do. do. H. 4 1/2	5	97 bz	
do. do. J. 4 1/2	5	97 bz	
Cöln-Minden	5	92,50 bz	
do. IV. 4 1/2	5	92,50 bz	
do. V. 4 1/2	5	92 G	
Halle-Sorau-Guben	5	94,10 bz	
Hannover-Altenbeken	5	—	
Märkisch-Posen	5	—	
N.-M. Staatsb. I. Ser. 4 1/2	5	97,25 G	
do. do. II. Ser. 4 1/2	5	96 G	
do. do. III. Ser. 4 1/2	5	97,50 G	
do. do. IV. Ser. 4 1/2	5	97 bz	
Oberschles. A. 4 1/2	5	97 bz	
do. B. 4 1/2	5	85 G	
do. C. 4 1/2	5	92,25 G	
do. D. 4 1/2	5	92,25 G	
do. E. 4 1/2	5	85 B	
do. F. 4 1/2	5	100,50 bz	
do. G. 4 1/2	5	99,30 bz	
do. H. 4 1/2	5	101,25 bz	
do. I. 4 1/2	5	103,70 B	
do. von 1873. 4 1/2	5	—	
do. von 1874. 4 1/2	5	98,75 B	
do. Brieg-Neisse 4 1/2	5	—	
do. Cosel-Oderb. 4 1/2	5	103,60 G	
do. do. 4 1/2	5	—	
do. Stargard-Posen 4 1/2	5	—	
do. do. II. Em. 4 1/2	5	—	
do. do. III. Em. 4 1/2	5	—	
do. Niedersch. Zwick. 4 1/2	5	—	
do. Obersch. A. 4 1/2	5	103,75 B	
do. Obersch. B. 4 1/2	5	99,50 B	
Chemnitz-Komotau	5	62,50 B	
Dux-Rodenbach	5	62,50 B	
do. II. Emission	5	69 B	
Frsg. Carl-Ludw.-Bahn	5	35,90 bz	
Gal. Ludw.-Bahn	5	39,90 B	
do. do. neue	5	92,50 G	
Kaschau-Oderberg	5	76,30 bz	
Ung. Nordostbahn	5	66,10 etbz	
Ung. Ostbahn	5	62,70 G	
Lemberg-Czernowitz	5	72,40 bz	
do. do. II. 5	5	78,40 bz	
do. do. III. 5	5	70,75 G	
Mährische Grenzbahn	5	73,10 bz	
Mähr. Schl.-Centralbahn	5	30 bz	
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	34,50 G	
Oesterr.-Franz. 3 1/2	5	34,50 G	
do. do. neue	5	319 etbz	
do. südd. Staatsbahn	5	256,60 bz	
do. Obligations	5	87,60 bz	
Warschau-Wien II. 5	5	99,90 G	
do. III. 5	5	98,90 bz	
do. IV. 5	5	97,75 bz	
Bank-Discount 4 pCt.			
Lombard-Zinsfuß 5 pCt.			

hauptsächlich zwei Hamburger Namen, die einen weit begründeten Ruf haben. Auch aus London liegen Nachrichten, vor denen zufolge weitere Entschädigungen des dortigen Platzes zu erwarten ständen. Im späteren Verlaufe verloren diese Mittheilungen allerdings an Schärfe, von den bestimmt bezeichneten Fällen wurden einzelne definitiv demittirt, immerhin aber vermochte sich der bestimmbare Eindruck, den die Börse einmal genommen hatte, selbst bis zum Schlusse nicht ganz. Auf allen Gebieten blieben die Umsätze äußerst beschränkt. Die internationalen Speculationswerthe wurden in ganz unbedeutendem Maßstabe gehandelt, ungefähr mit gestrigen Schlusscoursen einsehend, verhielten sie sich aber einer sehr matten Stimmung und die Course bröckelten nach und nach, ohne daß das Angebot gerade so überwiegend gewesen wäre, ziemlich erheblich ab, so ließen Defterr. Creditactien um 5 1/2 Mt. und Defterr. Staatsbahnen um 4 Mt. nach. Die localen Speculationspapiere gingen nur sehr träge um und erfuhr Disconto-Comm.-Anth. und Lauractien besonders einen starken Coursrück. Disconto-Commandit konnte sich jedoch zum Schlusse wieder etwas erholen. Sie notiren: 166,50, ult. 167,25—164—165, Dortmund Union 25, ult. 25,25 bis 24,75, Laurabütte 112, ult. 112,50—112,75—111. Defterr. Nebenbahnen waren fast ganz geschäftlos, nur Galizier zeigten sich etwas lebhafter und können auch eher auf eine feste Tendenz Anspruch machen. Auswärtige Staatsanleihen behaupteten sich nur schwach, Italiener und Türken hatten mit einem kleinen Abwärt, ließen dann aber nach und schloßen noch unter ihren gestrigen Schlusscoursen. Defterr. Reichliche Renten blieben zwar unverändert, traten aber auch in keinen nennenswerthen Verkehr, Defterr. Loose weichen. Amerikaner geschäftlos, Russische Verthe sehr still, nur Bahnen etwas besser. Preussische Fonds zeigten sich ebenfalls sehr still und wenig verändert. Andere deutsche Staatspapiere erlitten nur sehr mäßige Umsätze. Auch in dem Prioritäten-Geschäft war der geschäftliche Verkehr auf ein Minimum reducirt. Im Allgemeinen herrschte hier jedoch gute Festigkeit, von Preussischen Debiten zeichneten sich Bergisch-Märkische 4 1/2 procentige durch bessere Frage aus. Auf dem Eisenbahnenmarkt herrschte eine recht matte Haltung und erfuhr hier das gesammte Coursniveau eine durchgreifende Herabsetzung, die Rheinisch-Westfälischen Speculations-Debiten waren offerirt, aber ziemlich lebhaft, Anhalter, Hamburger, Potsdamer, Halberstädter gingen trotz des sehr beschränkten Geschäftes zurück. Auch für leichte Actien konnte keine feste Stimmung Fuß fassen. Bank-Actien können allenfalls als Ausnahme von der allgemeinen Mattigkeit bezeichnet werden. Die Festigkeit hatte aber nur ihren Grund darin, daß Käufer gänzlich mangelten und die Verkäufer, die zu Concessionen sich nicht bereit finden ließen, die offerirten und limitirten Effecten behalten mußten. Geraer Bank war belebt, auch Spiritus Brede erfuhr lebhafteren Verkehr. Industriepapiere meist ohne Verkehr, Land- und Baugesellschaft belebter, Alsenburger Jüder und Union Webers anziehend und belebt, Gröblicher und Wöhlert lebhaft, Bergwerke nur zum Theil fest, Centrum zum steigenden Course reger. — Um 2 1/2 Uhr beruhter. Credit 422,50, Lombarden 244, Franzosen 552, Disconto-Commandit 165,25, Dortmund Union 24 1/2, Laurabütte 111,50. (Bant. u. S.-S.)

Brüssel, 19. März. [Die Nationalbank] hat den Discont von 3 auf 4 pCt. erhöht.

Wien, 19. März. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Woche vom 8. bis zum 15. März 163,962 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 3361 Fl.

London, 18. März. [Zahlungseinstellung.] Dem „Standard“ zufolge hat die General South American Company limited ihre Zahlungen suspendirt. Die Passiva werden auf 400,000 Pfd. Sterl. geschätzt, doch dürfte die Liquidation ein günstigeres Resultat ergeben.

Telegraphische Course und Börsenachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 19. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlusscourse.] Londoner Wechsel 205, 90. Pariser do. 81, 60. Wiener do. 183, 30. Böhmische Welfb. 174 1/2. Elbthalbahn 169 1/2. Galizier 212. Franzosen*) 276. Lombarden*) 121 1/2. Nordwestbahn 144 1/2. Silberrente 69 1/2. Papierrente 65 1/2. Russ. Welfb. 92 1/2. Russen 1872 102 1/2. Amerikaner 1882 99 1/2. 1860er Loose 120 1/2. 1864er Loose —. Creditactien*) 212. Bankactien 878. Darmst. Bank 143 1/2. Brüsseler Bank 107 1/2. Berliner Bankverein 84 1/2. Frankfurter Bankverein 82 1/2. do. Wechselbank 81 1/2. Defterr.-deutsche Bank 86 1/2. Meininger Bank 92 1/2. Hahn'sche Effecten 113 1/2. Prov.-Disc.-Gesellschaft 81. Continental 87 1/2. Hess. Ludwigsbahn 119 1/2. Oberpfälzer 74 1/2. Raab-Gräzer 85 1/2. Ungar. Staatsloose 178. do. Schatzanweisungen alle 94 1/2. do. Schatzanw. neue 92 1/2. Oregon Eisenb. —. Rockford do. —. Central-Pacific 83 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.

Speculationspapiere still und lustlos. Banken behauptet, Bahnen ziemlich gehalten, Anlagewerthe gefragt. Geld flüssig.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 211 1/2, Franzosen 275 1/2, Lombarden 121 1/2. Spanien —.

Hamburg, 19. März, Nachmittags. [Schlusscourse.] Hamburger St.-Pr.-Anl. 114 1/2, Silberrente 69 1/2, Credit-Actien 211 1/2, 1860er Loose 119 1/2. Nordwestbahn 123 1/2, Franzosen 689, Lombarden 305, Ital. Rente 72 1/2, Vereinsbank 123 1/2, Laurabütte 111 1/2, Commerzbank 85 1/2, do. II. Em. —, Norddeutsche 144 1/2, Prov.-Disc. —, Anglo-deutsche 46 1/2, do. neue 67 1/2, Dän. Landmvt. —, Dortmund Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ. Br.-Anl. —, 66er Russ. Br.-Anl. —, Amerikaner de 1882 93 1/2, Köln. St.-Anl. 111 1/2, Rhein. E. do. 117 1/2, Berg.-Märk. do. 84 1/2, Disconto 3 1/2. — Fest.

Wechselnotirungen: London lang 20, 42 Br., 20, 36 Gld., London kurz, 20, 62 Br., 20, 54 Gld., Amsterdam 174, 40 Br., 173, 60 Gld., Wien 182, 00 Br., 180, 00 Gld., Paris 81, 00 Br., 80, 60 Gld., Petersburger Wechsel 280, 50 Br., 278, 50 Gld., Frankfurt a. M. per 100 Mt. 99, 00 Br., 98, 70 Gld.

In der heute hier stattgehabten Generalversammlung der Actionaire der Internationalen Bank wurde die bereits bekannte Erklärung des Verwaltungsraths verlesen, nach welcher derselbe von 1875 ab auf die Antithe von dem Gewinn der Londoner Filiale (International Bank of Hamburg und London limited) verzichtet und die im Besitz der Hamburger Internationalen Bank befindlichen Actien des Londoner Instituts bis zur nächsten Generalversammlung nicht veräußert werden sollen. Die Bilanz wurde darauf genehmigt.

Hamburg, 19. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco gefragt, auf Termine behauptet. Roggen loco still, auf Termine behauptet. Weizen 126 pfd. per 1000 Rilo netto 187 Br., 186 Gd., per April-Mai 1000 Rilo netto 186 Br., 185 Gd., per Mai-Juni 1000 Rilo netto 187 Br., 186 Gd., per Juni-Juli 1000 Rilo netto 189 Br., 188 Gd., per Juli-August 1000 Rilo netto 191 Br., 190 Gd. Roggen per März 1000 Rilo netto 150 Br., 148 Gd., per April-Mai 1000 Rilo netto 148 Br., 147 Gd., per Mai-Juni 1000 Rilo netto 147 Br., 146 Gd., per Juni-Juli 1000 Rilo netto 146 Br., 145 Gd., per Juli-August 1000 Rilo netto 145 Br., 144 Gd. Hafer u. Gerste still. Rübsl still, loco 59 nominell, pr. Mai 57 1/2, per October per 200 Pfd. 60. Spiritus matt, per März, 44, per April-Mai 43 1/2, per Mai-Juni 44, per Juni-Juli per 100 Liter 100 pCt. 44 1/2. — Raffee fest, Umfatz 2000 Sad. — Petroleum still, Standard white loco 13, 00 Br., 12, 80 Gd., per März 12, 70 Gd., per April-Mai 12, 40 Gd., per August-December 12, 75 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 19. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umfatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 4000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 19. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umfatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig. Surats matt. Amerikanische Verschiffungen fest. Broad February-März-Verschiffung pr. Suezcanal 6 1/2, good fair Comra März-April-Verschiffung ums Cap 5 1/2 D.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dollars 5 1/2, middling fair Dollars 4 1/2, good middling Dollars 4 1/2, middl. Dollars 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Comra 5 1/2, good fair Comra 5 1/2, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Manchester, 19. März, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 9 1/2, 20r Water Micholls 11, 30r Water Gidlow 12 1/2, 30r Water Clayton 13 1/2, 40r Wule Mayoll 12, 40r Medio Wifflin 14, 30r Waterpops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 16, Printers 10 1/2, 1/2 8 1/2, 1/2 120. Geschäft mäßig, Preise fest behauptet.

Petersburg, 19. März, Nachmittags 5 Uhr. [Schlusscourse.] Wechsel auf London 3 Mt. 33 1/2. do. Hamburg 3 Mt. 284 1/2. do. Amsterdam 3 Mt. 162. do. Paris 3 Mt. 349 1/2. 1864er Präm.-Anleihe (gest.) 197. 1866er Präm.-Anl. (gest.) 193. Imperials 5, 91. Große Russ. Eisenbahn 155. Internationale Bahn I. Emission —. do. II. Emission —. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 104 1/2.

Petersburg, 19. März, Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Salz

loco 49, 25, per August 49, 25. Weizen pr. Mai 9, 75. Roggen per Mai 6, 60. Hafer loco —, per Mai 4, 70. Ganj loco —, —. Leinfaat (9 Rub) per Mai 12, 75. — Wetter: Frost.

Antwerpen, 19. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest, Oefsa 18 1/2. Hafer ruhig, Königsberg 23. Gerste unverändert.

Bremen, 19. März. [Petroleum.] (Schlussbericht.) Standard white loco 12 Mt. 30 Pj. bez., pr. Juli — Mt. — Pf. Fest.

Berlin, 19. März. [Productenbericht.] Roggen eröffnete ziemlich fest, gab jedoch im Verlaufe wieder etwas nach, so daß Preise noch unter ihren gestrigen Standpunkt zurückgingen, entfernte Sorten waren beliebter. — Roggenmehl fest. — Weizen anfänglich fest und besser bezahlt, ermattete schließlich wieder etwas. — Hafer loco nur feine Waare beliebt; Termine etwas höher. — Rübsl flau und niedriger. — Spiritus verkehrte in fester Haltung, doch blieb der Umfatz in engen Grenzen.

Weizen loco 162—198 Rkmt. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. März — Rkmt. bez., pr. März-April — Rkmt. bez., pr. April-Mai 183 1/2—184—183 1/2 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 185—185 1/2—185 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli 187 1/2—186—187 1/2 Rkmt. bez., pr. Juli-August 188—189—188 1/2 Rkmt. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rkmt. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 143—160 Rkmt. nach Qualität gefordert, russischer 144—150 Rkmt. bez., ordinarer russischer — Rkmt. bez., inländischer 152—159 Rkmt. ab Bahn bez., geringer inländischer — Rkmt. bez., defector russischer — Rkmt. bez., pr. März 150 Rkmt. nom. bez., pr. März-April 150 Rkmt. nom. bez., pr. Frühjahr 150—149 1/2—149 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 145—145 1/2—145 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli 144 1/2—145—144 1/2 Rkmt. bez., pr. Juli-August 144 1/2—145—144 1/2 Rkmt. bez. — Gefündigt 2000 Cntr. Ründigungspreis 149,50 Rkmt. — Gerste loco 129—181 Rkmt. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 158—187 Rkmt. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 162—173 Rkmt. bez., westpreussischer 162—173 Rkmt. bez., russischer 152—175 Rkmt. bez., ungarischer und galizischer 156—165 Rkmt. bez., pommerscher 176—183 Rkmt. ab Bahn bez., medlenburger 176—183 Rkmt. ab Bahn bez., ordinarer russischer — Rkmt. bez., pr. März-April — Rkmt. bez., pr. Frühjahr 171—171 1/2—171 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 163—164—163 1/2 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli 162 1/2—163—162 1/2 Rkmt. bez., pr. Juli-August — Rkmt. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rkmt. — Erbsen: Rothwaare 183—234 Rkmt. Futtermehle 163—178 Rkmt. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilo. Br. incl. Sad 25,75—24,75 Rkmt., Nr. 0 und 1 24,50—23 Rkmt. — Roggenmehl Nr. 0 23,00—22,00 Rkmt., Nr. 0 und 1 21,00—20,00 Rkmt. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 pr. März 21 Rkmt. bez., pr. März-April 21 Rkmt. bez., pr. April-Mai 21 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 21 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli 21 Rkmt. bez., pr. Juli-August 21 Rkmt. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rkmt. — Delfaaten: Raps — Rkmt., Rübsen — Rkmt. nach Qualität. — Rübsl per 100 Kilogr. netto loco 56 Rkmt. bez., mit Faß — Rkmt. bez., pr. März 56,5 Rkmt. bez., pr. März-April 56,5 Rkmt. bez., pr. April-Mai 57,1—56,6 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 57,6—57 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli — Rkmt. bez., pr. Juli-August — Rkmt. bez., pr. September-October 60,4—59,5 Rkmt. bez., pr. October-November Rkmt. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rkmt. — Leinöl loco 60 Rkmt. bez. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 30 Rkmt. bez., pr. März 28 Rkmt. bez., pr. März-April 27 Rkmt. bez., pr. April-Mai 26 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni — Rkmt. bez., pr. Juni-Juli — Rkmt. bez., pr. Juli-August — Rkmt. bez., pr. September-October 27 Rkmt. Br. — Gefündigt — Barrels. Ründigungspreis — Rkmt.